IEIE

International Education Information Exchange e.V.

COMPASS
Pathways to career management skills

COMPASS
State of the Art Report Deutschland

IEIE e.V.
Hölderlinplatz 2A
70193 Stuttgart

Education and Culture DG

Lifelong Learning Programme

COMPASS - State of the Art Report Deutschland

„COMPASS – An innovate learning approach to promopte selfdetermination and employability of disvantaged migrant and ethnic minority youth “

(Project: COMPASS – 510858-LLP-1-AT-LEONARDO-LMP)

IEIE e.V.
Hölderlinplatz 2A
70193 Stuttgart
© Dr. Martin Kilgus, 2011

Bildung und Kultur

Leonardo da Vinci

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

I. Ausgangssituation in Deutschland

1. Quantitative und qualitative Rahmenbedingungen / demographische Daten

Die Bundesrepublik Deutschland ist innerhalb der Europäischen Union eines der größten Einwanderungsländer. Allerdings ist seit Mitte 2010 die Zuwanderung nach Deutschland rückläufig. In 2010 wanderten erstmals mehr Menschen aus Deutschland aus, als nach Deutschland ein.[1]

Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer hat sich seit der Wiedervereinigung von 5,8 Millionen auf 6,7 Millionen Personen zum Jahresende 2009 erhöht. In den letzten vier Jahren blieben die Zahlen weitgehend konstant. Gegenüber dem Jahre 2008 ist die Zahl 2009 um 0,5 % gesunken (-32.800 Personen).[2]

Der größere Teil der 6,7 Millionen ausländischen Personen in Deutschland ist männlichen Geschlechts (51,0 %). Der Frauenanteil beträgt insgesamt 49,0 %, wobei sich in den unteren und mittleren Jahrgängen die Geschlechterproportion annähert. Bei den Ausländern ab 60 Jahren ist hingegen der Männerüberhang ausgeprägter als in der gesamten ausländischen Bevölkerung.[3]

Die Zahl der Ausländer in der jüngsten Altersgruppe (unter 5 Jahren) sinkt seit einigen Jahren, weil neugeborene Kinder ausländischer Eltern durch die ius-soli-Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts in zunehmendem Maße bereits bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Mit inkrafttreten des neuen Zuwanderungs- und Aufenthaltsgesetzes am 1. Januar 2005 wurde zugleich das bis 31.12.2004 gültiger Ausländerrecht abgeschafft. An die Stelle der Erfassung von Menschen mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit als „Ausländer“ trat die Definition von „Menschen mit Migrationshintergrund“. Personen mit Migrationshintergrund können deutsche Staatsbürger sein, werden aber trotzdem in der Statistik als Zuwanderer gezählt.

Als Personen mit Migrationshintergrund definiert werden *„alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“*.[4] Diese Definition wurde sinngemäß in die Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung vom 29.

---

1 Statistisches Bundesamt, Statistik zu Bevölkerungsbewegung und Wanderung, 22. Dezember 2010, Wiesbaden.

2 Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – BAMF (Hrsg.): Ausländerzahlen 2009, Nürnberg 2010, S. 5ff.

3 Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer darf auf keinen Fall mit den Daten zur Migration – d.h. mit den Zu- und Abwanderungszahlen – gleichgesetzt werden. Bei den Ausländerzahlen handelt es sich um Bestandsgrößen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt angegeben werden (hier zum 31. 12. 2009); Zu- und Abwanderungszahlen beziehen sich dagegen auf einen Zeitraum (z. B. ein Jahr) und stellen so genannte Bewegungsgrößen dar. Sie beziehen zudem deutsche Staatsangehörige mit ein.

4 Zitat: § 6 Satz 2 Verordnung zur Erhebung der Merkmale des Migrationshintergrundes (Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung - MighEV) vom 29. September 2010, BGBl. I, Seite 1372, 1373

September 2010 übernommen. Jede dritte Person mit Migrationshintergrund lebt seit Geburt in Deutschland.

Der Begriff „Person mit Migrationshintergrund“ ist nicht synonym mit dem Begriff „Ausländer“.

- Viele ehemalige Ausländer haben sich einbürgern lassen, sind damit deutsche Staatsangehörige, haben aber, sofern sie nach 1949 eingewandert sind, noch immer einen Migrationshintergrund.

- Es gibt Ausländer, die bereits vor 1950 nach Deutschland migriert und bis heute nicht eingebürgert sind. Nach der Definition der Statistik sind weder sie noch ihre Kinder „Menschen mit Migrationshintergrund“.

- Auch Spätaussiedler gelten als „Menschen mit Migrationshintergrund“.

- Seit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts (§ 4 Abs. 3 StAG) ist ein seit dem 1. Januar 2000 *im Inland geborenes Kind, dessen Eltern beide Ausländer sind, Deutscher, wenn ein Elternteil zu diesem Zeitpunkt seit acht Jahren seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.* Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr ist es gemäß § 29 StAG verpflichtet, gegenüber der staatlichen Stelle zu erklären, ob es die deutsche Staatsangehörigkeit behalten will, wozu es im Regelfall die andere(n) Staatsbürgerschaft(en) aufgeben muss oder ob es die andere Staatsangehörigkeit vorziehen und auf die deutsche verzichtet (Erklärungspflicht, Optionszwang).

Bei der statistischen Übersicht zum Stichwort „Ausländer“ bzw. „Migranten“ in Deutschland ist deshalb zu beachten, welche Statistik verwendet wird.

Am 31.12.2009 stellten gemäß Ausländerzentralregister die Staatsangehörigen aus der Türkei mit 1.658.083 Personen (24,8 %) die weitaus größte ausländische Personengruppe dar.

Die zweitgrößte Nationalitätengruppe in Deutschland bildeten die italienischen Staatsangehörigen mit 517.474 Personen (7,7 %), gefolgt von Personen aus Polen mit 398.513 Personen (6,0 %).

Das ehem. Serbien und Montenegro (inkl. Serbien, Montenegro und Kosovo) kommt, rechnet man alle drei inzwischen eigen ständigen Staaten zusammen, auf 456.471 Staatsangehörige in Deutschland (6,8 % aller Ausländer).

Am 31.12.2009 hatten von den 6,69 Millionen Ausländern über 2,3 Millionen (35,3 %) die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union. Vor dem Beitritt Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Sloweniens, Ungarns, Estlands, Lettlands, Litauens, Maltas und Zyperns am 01.05.2004 lebten in Deutschland circa 1,6 Millionen EU-Staatsangehörige. Seit diesem Zeitpunkt und mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2009 sind circa 740.000 EU-Bürger hinzugekommen.

Eine weitere Besonderheit von Deutschland ist die Zuwanderung deutsch-stämmiger Personen aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten. Spätaussiedler werden seit dem 1. Januar 1993 im amtlichen Sprachgebrauch Menschen genannt,

- die als deutsche Staatsangehörige in den ehemals deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie geboren wurden und zunächst nach 1945 dort verblieben sind, sowie deren Abkömmlinge, die nach Deutschland übergesiedelt sind, oder
- die als deutsche Volkszugehörige aus einem kommunistisch regierten Land im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens in das Gebiet der (späteren) Bundesrepublik Deutschland oder der DDR übersiedelt sind, sowie die Angehörigen, die sie bei der Aussiedlung begleitet haben.[5]

Bis 1992 wurden diese Migranten nach dem Bundesvertriebenengesetz als Aussiedler bezeichnet. Sie erhalten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft und gelten gesetzlich als Deutsche. Sie werden nicht in der „Ausländerstatistik“ erfasst, gelten aber als Personen mit Migrationshintergrund, die als „Russlanddeutsche“ defininert sind.

Im Bereich der gesellschaftlichen Integration sowie der Integration junger Russlanddeutscher in den Arbeitsmarkt sind ähnliche Aspekte zu verzeichnen wie bei Zuwanderern aus anderen Regionen. Russlanddeutsche Jugendliche sind ingesamt häufiger von Schulabbruch, Arbeitslosigkeit und Integrationsproblemen in den Arbeitsmarkt betroffen als einheimische Jugendliche derselben Altersgruppe.

Migration und Integration[6]

Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus			
Insgesamt	**2007**	**2008**	**2009**
	in 1 000		
Bevölkerung (Mikrozensus)	82 257	82 135	81 904
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne (Mikrozensus)	15 411	15 566	15 703
Ausländische Bevölkerung (Ausländerzentralregister)	6 745	6 728	6 695
Einbürgerungen (Einbürgerungsstatistik)	113	94	96

1955 unterzeichnete die Bundesrepublik zur Anwerbung von Arbeitskräften ein Anwerbeabkommen mit Griechenland, 1961 mit der Türkei und mit Spanien. Hinzu kommen Anwerbeabkommen mit Italien, Tunesien und dem ehemaligen Jugoslawien. 1973 endete mit dem so genannten „Anwerbestopp“ die gesteuerte Zuwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland. Ursache für den Anwerbestopp war die Ölkrise der frühren 1970er Jahre.

[5] Definition: Wikipedia, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Sp%C3%A4taussiedler vom 14.3.2011

[6] Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik, Migration und Integration, Wiesbaden 2011.

Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern[7]

Ausländische Bevölkerung am 31.12.2009

nach Ländern	Bevölkerung[1]	Ausländische Bevölkerung	Ausländische Bevölkerung je 1000 Einwohner

[1] Die Daten der Gesamtbevölkerung für 2009 beziehen sich abweichend davon auf den Stand zum 31.08.2009.
Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Ausländerzentralregister.
Detailliertere Ergebnisse finden Sie in den Tabellen 2 und 10, Ausländische Bevölkerung, Fachserie 1 Reihe 2.

Baden-Württemberg	10 744 522	1 170 964	109,0
Bayern	12 501 304	1 065 927	85,3
Berlin	3 434 018	450 759	131,3
Brandenburg	2 515 346	46 029	18,3
Bremen	660 160	77 943	118,1
Hamburg	1 780 748	229 470	128,9
Hessen	6 062 102	719 840	118,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 654 981	29 715	18,0
Niedersachsen	7 939 441	453 636	57,1
Nordrhein-Westfalen	17 887 201	1 789 607	100,0
Rheinland-Pfalz	4 016 510	288 614	71,9
Saarland	1 024 708	77 126	75,3
Sachsen	4 172 455	84 991	20,4
Sachsen-Anhalt	2 363 286	44 393	18,8
Schleswig-Holstein	2 831 682	132 038	46,6
Thüringen	2 253 981	33 724	15,0
Deutschland	81 842 445	6 694 776	81,8

Die Zuwanderung nach Deutschland war zu Beginn stark von Männern als Arbeitskräfte dominiert. In einer zweiten Phase kamen Frauen, zum einen im Rahmen des Familiennachzugs, zum anderen wurden Frauen als Fabrikarbeiterinnen für geringer qualifizierte Berufe und Tätigkeiten angeworben.

[7] Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik, Migration und Integration, Wiesbaden 2011.

Ausländische Bevölkerung am 31.12.2009 nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten[8]

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Männer	Frauen
Quelle: Ausländerzentralregister (AZR). Detailliertere Ergebnisse finden Sie in Tabelle 3, Ausländische Bevölkerung, Fachserie 1 Reihe 2.			
Insgesamt	6 694 776	3 413 540	3 281 236
Europa	5 327 599	2 723 233	2 604 366
EU-27	2 367 908	1 236 611	1 131 297
Griechenland	278 063	150 930	127 133
Italien	517 474	304 716	212 758
Österreich	174 548	91 952	82 596
Polen	398 513	190 478	208 035
EU-Kandidatenländer	1 942 193	1 011 161	931 032
Kroatien	221 222	107 464	113 758
Türkei	1 658 083	870 472	787 611
EWR-Staaten/Schweiz	44 218	19 476	24 742
Sonstiges Europa	973 280	455 985	517 295
Bosnien und Herzegowina	154 565	79 403	75 162
Russische Föderation	189 326	73 247	116 079
Afrika	268 410	153 333	115 077
Amerika	215 116	98 846	116 270
Asien	815 104	398 675	416 429
Australien und Ozeanien	11 397	6 097	5 300
Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe	57 150	33 356	23 794

Bei der Alterverteilung von Einwanderern in Deuschland zeigt sich seit 2005 eine Zunahme der 20 bis 45 Jahre alten Personen und eine Abnahme der über 65-jährigen Zuwanderer der ersten Generation. Vor allem in Großstädten, z.B. Stuttgart, beträgt der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe der 14 bis 21-Jährigen bis zu 60 Prozent.[9]

[8] Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik, Migration und Integration, Wiesbaden 2011.

[9] Quelle: Statistisches Amt der Landeshauptstadt Stuttgart, Bevölkerungsstatistik, Stuttgart 2011.

Ausländische Bevölkerung am 31.12.2009 nach Altersgruppen und ausgewählten Staatsangehörigkeiten[10]

Staatsangehörigkeiten	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				Durch-schnittliches Alter
		unter 20	20 - 45	45 - 65	65 und mehr	
Quelle: Ausländerzentralregister. Detailliertere Ergebnisse finden Sie in Tabelle 4, Ausländische Bevölkerung, Fachserie 1 Reihe 2.						
Insgesamt	6 696 776	1 074 707	3 372 145	1 668 466	579 458	38,4
Europa	5 327 599	828 308	2 572 843	1 403 351	523 097	39,5
EU-27	2 367 908	256 656	1 167 102	718 417	225 733	41,2
Griechenland	278 063	37 407	119 035	82 746	38 875	42,7
Italien	517 474	70 471	224 653	167 096	55 254	41,6
Österreich	174 548	10 413	62 017	69 754	32 364	48,7
Polen	398 513	39 076	240 417	109 356	9 664	37,3
EU-Kandidatenländer	1 942 193	382 599	917 956	439 266	202 372	38,2
Kroatien	221 222	19 579	92 174	79 274	30 195	45,2
Türkei	1 658 083	350 923	793 603	345 967	167 590	37,3
EWR -Staaten/Schweiz	44 218	2 731	17 649	15 745	8 093	47,4
Sonstiges Europa	973 280	186 322	470 136	229 923	86 899	37,6
Bosnien und Herzegowina	154 565	24 517	70 210	47 401	12 437	39,8
Russische Föderation	189 326	26 494	107 197	40 439	15 196	37,6
Afrika	268 410	47 134	168 767	43 191	9 318	33,4
Amerika	215 116	23 505	119 318	54 754	17 539	39,3
Asien	815 104	155 456	480 555	154 180	24 913	33,5
Australien und Ozeanien	11 397	1 110	6 548	2 802	937	39,3
Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe	57 150	19 194	24 114	10 188	3 654	31,6

[10] Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik, Migration und Integration, Wiesbaden 2011.

Ausländische Bevölkerung am 31.12.2009 nach Geburtsort und ausgewählten Staatsangehörigkeiten[11]

Staatsangehörigkeiten	Insgesamt	In Deutschland geboren	Im Ausland geboren
Quelle: Ausländerzentralregister (AZR). Detailliertere Ergebnisse finden Sie in Tabelle 7 Ausländische Bevölkerung, Fachserie 1 Reihe 2.			
Insgesamt	6 694 776	1 301 512	5 393 264
Europa	5 327 599	1 155 286	4 172 313
EU-27	2 367 908	395 892	1 972 016
Griechenland	278 063	77 143	200 920
Italien	517 474	156 614	360 860
Österreich	174 548	25 374	149 174
Polen	398 513	15 292	383 221
EU-Kandidatenländer	1 942 193	609 197	1 332 996
Kroatien	221 222	49 011	172 211
Türkei	1 658 083	547 101	1 110 982
EWR-Staaten/Schweiz	44 218	6 894	37 324
Sonstiges Europa	973 280	143 303	829 977
Bosnien und Herzegowina	154 565	27 105	127 460
Russische Föderation	189 326	6 704	182 622
Afrika	268 410	35 332	233 078
Amerika	215 116	8 954	206 162
Asien	815 104	81 791	733 313
Australien und Ozeanien	11 397	474	10 923
Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe	57 150	19 675	37 475

Seit Einführung des neuen Zuwanderungs- und Aufenthaltsgesetzes am 1. Januar 2005 hat sich der Aufenthaltsstatus vielen Zuwanderer verfestigt, bzw. konnte in einen dauerhaften und gesicherten Aufenthalt überführt werden. Rund 85 Prozent der in Deutschland lebenden Zuwanderer verfügen über gesicherte Aufenthaltstitel. Dies gilt vor allem für die Gruppe der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren.

[11] Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik, Migration und Integration, Wiesbaden 2011.

Ausländische Bevölkerung am 31.12.2009 nach aufenthaltsrechtlichem Status[12]

Aufenthaltsrechtlicher Status	Ausländische Bevölkerung
Quelle: Ausländerzentralregister (AZR). Detailliertere Ergebnisse finden Sie in Tabelle 11, Ausländische Bevölkerung, Fachserie 1 Reihe 2.	
Insgesamt	6 694 776
Aufenthaltsstatus nach altem Recht (Ausländergesetz 1990)	
Aufenthaltstitel zeitlich befristet	238 299
Aufenthaltstitel zeitlich unbefristet	1 484 659
Aufenthaltsstatus nach neuem Recht (Aufenthaltsgesetz 2004)	
Aufenthaltserlaubnis (zeitlich befristet)	1 275 496
zum Zweck der Ausbildung	142 363
zum Zweck der Erwerbstätigkeit	83 556
völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	176 281
familiäre Gründe	763 924
besondere Aufenthaltsrechte	109 372
Niederlassungserlaubnisse (zeitlich unbefristet)	1 352 414
Sonstige Fälle	164 871
EU -Recht, EU -Aufenthaltstitel/Freizügigkeitsbescheinigung	1 580 424
Duldung	87 225
Aufenthaltsgestattung	34 458
Ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung	476 930

[12] Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik, Migration und Integration, Wiesbaden 2011.

2. Bildungsdaten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Der Politikwissenschaftler und Migrationsexperte Prof. Dietrich Thränhardt bezeichnet Aussagen über Schüler mit Migrationshintergrund als „wenig trennscharf und aussagekräftig“. Es gibt sowohl Gruppen, die sehr gut im deutschen Schulsystem abschneiden, als auch solche, die sehr schlecht abschneiden. Am wenigsten Schulerfolg haben die Gruppen der Staatsangehörigen Italiens und Serbien-Montenegros: in beiden Gruppen finden wir mehr Sonderschüler als Gymnasiasten. Der Großteil der Schüler in diesen beiden Gruppen ist darüber hinaus in der Hauptschule zu finden, nur kleinere Prozentsätze besuchen Gymnasien und Realschulen. [13]

Unter Schülern mit spanischer, russischer, polnischer, kroatischer und auch bosnischer Zugehörigkeit dagegen finden sich viele Realschüler und Gymnasiasten. Sie erzielen ähnliche schulische Erfolge wie die deutschen Schüler. Ebenso liegt seit Jahren die Gymnasialquote von Schülern vietnamesischer Herkunft über dem Durchschnitt, wie die Studien von Beuchling gezeigt haben.[14]

Bei Kindern mit ex-jugoslawischem Hintergrund liegen die schulischen Leistungen im deutlich besseren Bereich als bei ihren türkischen und italienischen Mitschülern, jedoch nicht so gut wie bei Aussiedlern und deutschen Schülern.

Kinder mit griechischem Migrationshintergrund gehen statistisch gesehen sogar häufiger aufs Gymnasium als Deutsche[15]. Keine andere Einwanderergruppe in Deutschland hat in der Schule mehr Erfolg als die Vietnamesen: Über 50 Prozent ihrer Schüler schaffen den Sprung aufs Gymnasium. Damit streben prozentual mehr vietnamesische Jugendliche zum Abitur als deutsche.[16]

Bei Zuwanderern aus muslimisch geprägten Ländern sind bei der Bildungsbeteiligung große Unterschiede zwischen verschiedenen Herkunftsländern festzustellen. Die Anteile der männlichen Schüler nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die eine weiterführende Schulform (Realschule, Gymnasium) besuchen, reichten 2006 von 50,2 Prozent (Iraner) bis zu 12,7 Prozent (Libanesen).[17]

Laut Cornelia Kristen (2002) erhalten Schüler aus einigen Migrantengruppen trotz gleicher Leistungen schlechtere Schulnoten. Diese führen dazu, dass sie schlechtere Schulen besuchen müssen.[18]

---

[13] Thränhardt, Dietrich. Spanische Einwanderer schaffen Bildungskapital: Selbsthilfe-Netzwerke und Integrationserfolg in Europa. Universität Münster. http://egora.uni-muenster.de/pol/personen/thraenhardt/bindata/,05.12.2006_Spanische_Einwanderer_schaffen_Bildungskapital.pdf ; Stand: 12. Februar 2009;

[14] Weitere Quelle: Wikipedia, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Migrationshintergrund, vom 14.3.2011

[15] Panagiotis Kouparanis: Migrantenkinder mit Bildungserfolg abgerufen am 20. Januar 2008

[16] Quelle: Die Zeit: Integration: Das vietnamesische Wunder, abgerufen am 24. Januar 2009

[17] Frank Gesemann: "Die Integration junger Muslime in Deutschland: Bildung und Ausbildung als Schlüsselbereiche sozialer Integration" im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung; Politische Akademie: Referat Interkultureller Dialog; Berlin im Dezember 2006; S.11

[18] Hauptschule, Realschule oder Gymnasium? Ethnische Unterschiede am ersten Bildungsübergang; Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie; Jg. 54, Heft 3, 2002, S. 534–552

Die Noten sind der wichtigste Faktor für die besuchte Schulform, jedoch nicht der einzige. Deutsche besuchen auch bei gleich schlechten Noten seltener die Hauptschule als Ausländer. Sie gehen stattdessen häufiger zur Realschule. Beim Übergang auf das Gymnasium gibt es jedoch keinen Effekt der Nationalität mehr, wenn man die Noten kontrolliert. Ausländerkinder haben vor allem dann schlechte Chancen auf ein Gymnasium oder eine Realschule zu gehen, wenn sie eine Schule mit vielen anderen Ausländerkindern besuchen. Auf solchen Schulen zeigen sie schlechtere Leistungen und erreichen schlechtere Noten als auf sozial heterogeneren Schulen. Dieses Ergebnis gewinnt angesichts der ausgeprägten ethnischen Segregationstendenzen im deutschen Grundschulsystem eine besondere Bedeutung. Denn gerade in segregierten Schulsystemen gelangen Migrantenkinder besonders häufig in Grundschulklassen, deren Schülerschaft relativ leistungshomogen auf niedrigem Niveau zusammengesetzt ist.[19]

Eine 2004 durchgeführte Erhebung stellte fest, dass vor allem türkische und italienische Migrantenkinder im deutschen Bildungssystem schlecht abschnitten und nicht die Leistungen erbrachten, die ihrer Intelligenz entsprachen. Griechische Migranten hingegen schnitten gut ab.[20]

In allen ostdeutschen Bundesländern gibt es unter ausländischen Jugendlichen mehr Abiturienten und weniger Sonderschüler als in allen Westländern. In Brandenburg verlassen sogar 44 Prozent aller ausländischen Jugendlichen die Schule mit dem Abitur. Damit gibt es in Brandenburg sogar mehr Abiturienten unter Zuwanderern als unter Deutschen. Es gibt frühzeitige Förderprogramme (besonders für Spätaussiedler) und flächendeckend Kindergärten[21].

3. Ergebnisse der PISA-Studie

Mit der Sonderstudie *Where Immigrant Students Succeed – a comparative Review of Performance and Engagement from PISA 2003* (deutscher Titel: *Wo haben Schüler mit Migrationshintergrund die größten Erfolgschancen? – Eine vergleichende Analyse von Leistung und Engagement in PISA 2003*) wurde ermittelt, ob Migrantenkinder im Schulsystem ebenso erfolgreich sind wie autochthone Schüler.

Ein erstes Ergebnis war, dass kein ausschlaggebender Zusammenhang zwischen dem Umfang der zugewanderten Schüler in den Beispielländern einerseits und dem Umfang der zwischen Migrantenkindern und einheimischen Schülern beobachteten Leistungs-unterschiede andererseits besteht. Dies widerlege die Annahme, wonach sich ein hohes Zuwanderungsniveau negativ auf die Integration auswirke.

Im Ländervergleich dieser Studie ist Deutschland das Schlusslicht bei der Integration von Migrantenkindern der zweiten Generation. Obschon den Migrantenkindern von der Studie Lernbereitschaft und eine positive Einstellung attestiert wurde, sind ihre Erfolgschancen im deutschen Bildungssystem geringer als in jedem anderen der 17 untersuchten Staaten:

---

[19] Peter Rüesch: Spielt die Schule eine Rolle? Schulische Bedingungen ungleicher Bildungschancen von Immigrantenkindern. Eine Mehrebenenanalyse. Lang, Bern 1998.

[20] Richard Alba, D. Johann Handl und Walter Müller: Ethnische Ungleichheiten im deutschen Bildungssystem. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 46 (2), 1994, S. 209–237

[21] TAZ vom 19. April 2006: Ostlehrer integrieren Migrantenkinder besser abgerufen am 22. Januar 2008

- Im Durchschnitt liegen Migrantenkinder gegenüber einheimischen Kindern um 48 Punkte zurück; in Deutschland jedoch um 70 Punkte. Am größten sind die Unterschiede in den Naturwissenschaften, am geringsten in der Lesekompetenz.[22]
- Während in fast allen anderen teilnehmenden Staaten in der zweiten Generation die Migrantenkinder höhere Leistungspunktzahlen erreichen, sinken diese in Deutschland noch einmal extrem: Migrantenkinder der zweiten Generation liegen hinter ihren Mitschülern rund zwei Jahre zurück. Über 40 % erreichen von ihnen nicht die Grundkenntnisse der Leistungsstufe 2 in Mathematik und schneiden auch in der Lesekompetenz ähnlich schlecht ab.

Detailliertere, auf die *PISA 2000* Untersuchung aufbauende Studien zeigen, dass im Ergebnis nicht die Herkunft als solche, sondern (neben der im Elternhaus gesprochenen Sprache das Ausbildungsniveau der Eltern, insbesondere der Mutter, über den Bildungserfolg entscheidet[23] – ein Zusammenhang, der gleichermaßen auch für die einheimische Bevölkerung festgestellt wurde.

Leistungspunkte in Mathematik der 15jährigen Schüler			
	Schüler ohne Migrationshintergrund	**Schüler der ersten Generation***	**Schüler der zweiten Generation****
OECD-Durchschnitt	**523**	**475**	**483**
Deutschland	**525**	**454**	**432**
*im Ausland geboren, ausländische Eltern – **im Erhebungsland geboren, ausländische Eltern			

Dass Jugendliche ausländischer Herkunft, die selbst zugewandert sind, nach dieser Tabelle bessere Ergebnisse erzielen als Jugendliche ausländischer Herkunft, wäre allerdings ein statistischer Fehlschluss. Denn die Familien der in Deutschland geborenen Schüler ausländischer Herkunft stammen größtenteils aus der Türkei, und türkischstämmige Migranten schneiden bei PISA besonders schlecht ab. Bei den Jugendlichen, die selbst zugewandert sind, sind Jugendliche aus Aussiedlerfamilien stärker repräsentiert. Diese sind meistens leistungsstärker. Man kann also nicht sagen, dass sich in Deutschland über die Generationen hinweg die Lage verschlechtert. Im Gegenteil: Innerhalb der einzelnen Herkunftsgruppen scheint die Bildungssituation von Generation zu Generation besser zu werden.[24]

---

[22] Ramm, Prenzel, Heidemeier, Walter: Soziokulturelle Herkunft: Migration. In: PISA-Konsortium Deutschland: PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland. New York: Waxmann, 2004

[23] vgl. Neue Erkenntnisse aus der PISA-Studie, isoplan, 30. Mai 2003, mit Verweis auf eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung und siehe die (englischsprachige) Studie Michael Fertig: Who's To Blame? The Determinants of German Students' Achievement in the PISA 2000 Study (PDF), „RWI: Discussion Papers", No. 4, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2003

[24] Spiegel Online vom 6. Dezember 2007: Am härtesten trifft es die Migranten.

Für jedes einzelne Herkunftsland gilt, dass in Deutschland geborene Jugendliche ausländischer Herkunft *bessere* Ergebnisse erzielen als Jugendliche, die im Ausland geboren wurden. Beispielhaft sei das für den Fall der Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei für den Bereich Mathematik gezeigt.[25] Es gilt in ähnlicher Weise für andere Herkunftsgruppen und die Bereiche Naturwissenschaften und Lesekompetenzen:

Herkunft der Familie	**Migrationsstatus**	**Leistungspunkte Mathematik**
Ehem. Jugoslawien	In Deutschland geboren	472
Ehem. Jugoslawien	Zugewandert	420
Türkei	In Deutschland geboren	411
Türkei	Zugewandert	382

Es wurde bereits in anderen Studien darauf hingewiesen, dass Jugendliche türkischer Herkunft eine „Risikogruppe“ sind und im deutschen Schulsystem weniger lernen als andere Jugendliche ausländischer Herkunft und schlechtere Schulen besuchen als diese. Die Gründe dafür sind umstritten.[26]

Es wäre möglich, dass das schlechte Abschneiden der Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei PISA ein Ergebnis sprachlastiger Testaufgaben ist. Die Aufgaben bei PISA unterschieden sich hinsichtlich ihrer Sprachlastigkeit. Insbesondere Aufgaben, die technische Fähigkeiten messen, kommen mit minimalen sprachlichen Instruktionen und wenig Text aus, andere wiederum sind sehr sprachlastig.

Es wurde überprüft, ob Schüler mit Migrationshintergrund weniger sprachlastige Aufgaben besser lösten. Das war nicht der Fall. Stattdessen deutet sich das Gegenteil an: Schüler mit Migrationshintergrund schneiden bei sprachlastigen Aufgaben etwas besser ab als bei relativ sprachfreien. Die Gründe dafür sind ungeklärt. Es wird deutlich, dass die niedrige mittlere Kompetenz der Schüler mit Migrationshintergrund nicht durch schlechtere Ergebnisse in sprachabhängigen Teilkompetenzen bedingt ist.[27]

---

[25] Ramm, Prenzel, Heidemeier, Walter: Soziokulturelle Herkunft: Migration. In: PISA-Konsortium Deutschland: PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland. New York: Waxmann, 2004

[26] Quelle: Wikipedia, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Migrationshintergrund, vom 14.3.2011

[27] Ebda.: Ramm, Prenzel, Heidemeier, Walter: *Soziokulturelle Herkunft: Migration*. In: PISA-Konsortium Deutschland: PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland. New York: Waxmann, 2004

II. Zur Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Ausbildungsmarkt

1. Generelle wirtschaftliche Entwicklung und Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

1.1. Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Das Bundesinstitut für Berufliche Bildung in Bonn hat im Jahr 2010 eine umfassende Studie zur Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland vorgelegt. Im Mittelpunkt der Erhebung stand der Übergang von Schule in eine berufliche Ausbildung bei Jugendlichen, vor allem solchen mit Migrationshintergrund. Die Studie stellt alle relevanten Faktoren zur Ausbildungssituation dar. Aus diesem Grund soll die Zusammenfassung hier vorgestellt werden:

„Die Verwirklichung von Chancengleichheit im Bildungssystem ist ein wesentliches gesellschaftliches Ziel - unabhängig von der sozialen oder ethnischen Herkunft von Kindern und Jugendlichen. Von diesem Ziel ist Deutschland noch weit entfernt. Dem System der beruflichen Ausbildung kommt im Bildungsprozess eine besondere Bedeutung zu, steht es doch am vorläufigen "Ende" einer Reihe nacheinander durchlaufener Bildungsinstitutionen und ist gleichzeitig "Bindeglied" und zentrale Voraussetzung für eine berufliche Integration. Angesichts des erheblichen Mangels an betrieblichen Lehrstellen im vergangenen Jahrzehnt hat sich der Übergang zwischen Schule und Ausbildung für viele Jugendliche als eine eigene Lebensphase verselbständigt. Die Schwierigkeiten im Übergangsprozess betreffen zwar alle, Jugendliche mit Migrationshintergrund jedoch besonders stark. (…) Wie sieht die Lage für junge Menschen am Übergang Schule - Ausbildung konkret aus, und wie lassen sich die ungünstigeren Zugangschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu jungen Menschen ohne Migrationshintergrund erklären?

Auswertungen der *BIBB Übergangsstudie* zeigen: Jugendliche mit Migrationshintergrund haben nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule ein ebenso hohes Interesse an einer Berufsausbildung wie einheimische Jugendliche. Dies gilt auch bei einer Differenzierung nach Schulabschlüssen. Bei den angewandten Strategien der Ausbildungsplatzsuche gibt es gleichfalls keine wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Gruppen, auch nicht bei Berücksichtigung der schulischen Voraussetzungen.

Dennoch sind die Chancen von nichtstudienberechtigten SchulabsolventInnen mit Migrationshintergrund, rasch nach Schulende in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden - selbst mit den gleichen schulischen Voraussetzungen - wesentlich geringer. Erheblich häufiger durchlaufen SchulabgängerInnen aus Migrantenfamilien daher schwierige und langwierige Übergangsprozesse bei der Suche nach einer beruflichen Ausbildung.“[28]

Für die BIBB-Übergangsstudie wurden 7.230 Jugendliche der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988 befragt. Die Erhebung erfolgte von Juni bis August 2006 mittels computergestützter Telefoninterviews. Einbezogen wurden deutsche und ausländische Personen, die über hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache für die Teilnahme an der Befragung verfügten. Es handelt sich um eine retrospektive Längsschnitterhebung, in der die gesamte

[28] Quelle und Zitate: Beicht, Ursula und Granato, Mona: Ausbildungsplatzsuche: Geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund, in: BIBB-Report – Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung, Heft 15, Bonn, November 2010.

Bildungs- und Berufsbiografie beginnend mit der allgemeinbildenden Schulzeit erfasst wurde. Es handelt sich um die bislang umfangreichste Studie, die für die Zielgruppe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bereich der beruflichen Bildung und des Übergangs von Schule zu Beruf in Deutschland durchgeführt wurde.

Berücksichtigt wurden bei den hier vorgestellten Analysen ausschließlich Untersuchungsteilnehmer/-innen, die die allgemeinbildende Schule bereits vor dem Jahr 2006 verlassen haben, und für die somit Informationen über den weiteren Werdegang vorliegen.

Der Migrationshintergrund wird "indirekt" definiert: *Kein* Migrationshintergrund wird angenommen, wenn ein Jugendlicher die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zudem als Kind in der Familie zuerst ausschließlich die deutsche Sprache gelernt hat und außerdem Vater und Mutter in Deutschland geboren sind. Trifft eine dieser Bedingungen nicht zu, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen. Von den in die Auswertungen einbezogenen Schulabsolventinnen/-absolventen im Alter von 18 bis 24 Jahren sind 48% weiblich.

Die Tabellen im Anhang zeigen, dass es zum Jahresende 2008 „in Deutschland rund 1,6 Millionen Auszubildende im dualen System der Berufsausbildung (Lehre in einem Betrieb und Unterricht an einer Berufsschule), davon rund 73.000 Ausländer (4,5 %) gab. Der Ausländeranteil ist damit deutlich unterdurchschnittlich. Die mit Abstand meisten ausländischen Auszubildenden haben die türkische Staatsangehörigkeit, gefolgt von italienischen und serbischen Auszubildenden. Auffällig ist, dass bei fast allen Gruppen - und am stärksten ausgeprägt bei den Deutschen - die jungen Männer einen deutlich höheren Anteil stellen als die jungen Frauen. Nur bei polnischen und russischen Staatsangehörigen gibt es mehr weibliche als männnliche Auszubildende“.[29]

Die Verteilung der ausländischen Berufsschüler nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten zeigt einige Besonderheiten für bestimmte Länder und nach Geschlecht. So sind italienische Berufsschüler zu einem noch höheren Anteil an Teilzeit-Berufsschulen vertreten als deutsche, was ihrer vergleichsweise hohen Ausbildungsbeteiligung entspricht. Gleichzeitig ist aber der Anteil der Fachschüler, Fachoberschüler und -gymnasiasten bei dieser Gruppe gering. An Schulen des Gesundheitswesens sind besonders weibliche russische und polnische Berufsschüler stark vertreten, im Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr hingegen männliche Auszubildende aus Polen, der Russischen Föderation, Serbien und der Türkei. Insgesamt gut schneiden insbesondere die kroatischen Berufsschüler ab, deren Verteilung stark an die der deutschen angenähert ist.[30]

„Sowohl die Personen mit als auch die ohne Migrationshintergrund haben ihre beruflichen Qualifikationen hauptsächlich im Rahmen einer Lehre oder einer sonstigen berufsqualifizierenden Ausbildung erworben. Am stärksten trifft dies auf die Männer ohne Migrationshintergrund zu, am wenigsten auf die Frauen aus Zuwandererfamilien. Bei letzteren ist auch der Anteil der Personen ohne Berufsabschluss mit rund 50 % am höchsten. Auf den ersten Blick überraschend ist bei dieser Gruppe jedoch auch der Anteil der Frauen mit einem akademischen Abschluss höher als bei den Frauen ohne Migrationshintergrund.

---

[29] Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Reihe 3 (Berufliche Bildung), 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

[30] Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Reihe 4 (Berufliche Bildung), 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

Tiefer gehende Analysen zeigen aber, dass dieses Ergebnis nur für bestimmte Altersgruppen und Herkunftsländer zutrifft“.[31]

Die Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung kommt in der Auswertung zu folgenden Feststellungen:[32]

- „Verfügen Jugendliche, die eine betriebliche oder schulische Ausbildung anstrebten, ***maximal über einen Hauptschulabschluss***, so beginnen im Laufe eines Jahres diejenigen mit Migrationshintergrund mit 42 % erheblich seltener eine vollqualifizierende Berufsausbildung als diejenigen ohne Migrationshintergrund mit 62 %. Nach drei Jahren ist es dann 68 % der jungen MigrantInnen und 86 % der einheimischen Jugendlichen gelungen, eine vollqualifizierende Ausbildung aufzunehmen.

- Liegt ein ***mittlerer Schulabschluss*** vor, so ist die Einmündungswahrscheinlichkeit jeweils deutlich höher. So sind nach einem Jahr 55 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und 74 % der jungen Einheimischen in eine Berufsausbildung eingemündet. Im Verlauf von drei Jahren sind 79 % der Jugendlichen aus Migrantenfamilien und 91 % derjenigen aus einheimischen Familien bei der Ausbildungsplatzsuche erfolgreich gewesen.

- Für den Einmündungserfolg sind auch die Noten auf dem Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der allgemeinbildenden Schule von Bedeutung. ***Schulnoten*** gelten als ein Indikator für die schulische Leistungsstärke der Jugendlichen, als geeigneter Prädikator für ihre Leistungsfähigkeit sowie als geeignetes Selektionskriterium beim Zugang zu einer Ausbildung.

- Differenziert nach Schulnoten zeigen sich z.B. bei einem mittleren Schulabschluss folgende Ergebnisse: Verfügen SchulabgängerInnen über eher gute Noten, so nehmen von denjenigen mit Migrationshintergrund im Laufe eines Jahres 56 % eine vollqualifizierende Ausbildung auf, von denjenigen ohne Migrationshintergrund 75 %. Nach drei Jahren sind 78 % der Jugendlichen aus Migrantenfamilien und 92 % der Jugendlichen aus einheimischen Familien in eine Ausbildung eingemündet. Fallen die Schulnoten durchschnittlich bis schlecht aus, so beginnen innerhalb eines Jahres 52 % der jungen MigrantInnen und 70 % der jungen Einheimischen eine Ausbildung. Nach drei Jahren haben 82 % der SchulabsolventInnen mit Migrationshintergrund und 91 % derjenigen ohne Migrationshintergrund den Übergang in eine Ausbildung geschafft.

Gute schulische Voraussetzungen, d.h. hier ein weiterführender Schulabschluss *und* gute Schulnoten, wirken sich bei einheimischen SchulabgängerInnen immer als förderlich für die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung aus, bei eingewanderten

---

[31] Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Reihe 4 (Berufliche Bildung), 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

[32] Quelle und Zitate: Beicht, Ursula und Granato, Mona: Ausbildungsplatzsuche: Geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund, in: BIBB-Report – Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung, Heft 15, Bonn, November 2010.

SchulabgängerInnen nur bei denjenigen mit einem mittleren Abschluss im ersten Jahr ihrer Suche. Die geringeren Einmündungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund lassen sich somit keineswegs mit schlechteren Schulnoten erklären. Vor allem jungen MigrantInnen mit ***guten Schulzeugnissen*** gelingt die Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung erheblich seltener als den vergleichbaren einheimischen Jugendlichen, was sowohl gilt, wenn sie maximal über einen Hauptschulabschluss, als auch, wenn sie über einen mittleren Schulabschluss verfügen.

Eine Reihe darüber hinaus untersuchter Einflussgrößen für den Einmündungserfolg in eine vollqualifizierende Ausbildung erweisen sich zwar als relevant (statistisch signifikant), können jedoch die geringeren Ausbildungsplatzchancen und die überdurchschnittlich langen Übergangsprozesse von SchulabsolventInnen mit Migrationshintergrund *nicht* vollständig erklären. Junge Menschen aus Migrantenfamilien verfügen zwar häufiger als junge Einheimische über einen Hauptschulabschluss, und ihre Schulnoten fallen im Durchschnitt etwas schlechter aus. Ihre Eltern sind weniger gut gebildet und der Vater hat seltener eine qualifizierte Tätigkeit. Bei gleichzeitiger Berücksichtigung all dieser Faktoren bleibt trotzdem noch ein eigenständiger Einfluss des Migrationshintergrunds bestehen. Dies deutet darauf hin, dass sich schon allein das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds bei der Ausbildungsplatzsuche nachteilig auswirkt.

Die Schwierigkeiten und geringeren Chancen junger MigrantInnen bei der Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung haben zur Folge, dass sie bei denjenigen, die sich wiederholt um eine Lehrstelle bemühen, den sog. "Altbewerbern", überproportional vertreten sind und dass sie längerfristig gesehen wesentlich häufiger als junge Einheimische von Ausbildungslosigkeit betroffen sind. Von allen ausbildungslosen nichtstudienberechtigten Jugendlichen im Alter von 20 bis 24 Jahren haben nach der BIBB-Übergangsstudie 39 % einen Migrationshintergrund. Sie sind damit stark überproportional von Ausbildungslosigkeit betroffen, da nach dieser Studie ihr Anteil an dieser Altersgruppe nur 24 % beträgt. Dies bedeutet: Im Vergleich zu den einheimischen Altersgenossen bleiben sie etwa doppelt so oft ohne einen anerkannten Berufsabschluss und damit ohne jegliche Chance auf eine tragfähige berufliche Integration.

2. Forderungen des BIBB: Den Blickwinkel ändern

In der öffentlichen Diskussion wie auch im wissenschaftlichen Diskurs wurden lange Zeit häufig Defizite bei den Jugendlichen selbst, wie unzureichende Kompetenzen oder mangelnde Schulabschlüsse, unzureichende Informationen oder unangemessene Suchstrategien bzw. ein geringes Interesse an einer Ausbildung als Ursachen für den geringeren Zugang zu einer Berufsausbildung genannt. Dieses widerlegen die vorliegenden Ergebnisse und fordern damit zu einem grundlegenden *Perspektivwechsel* auf: Zentral ist, von den *Ressourcen* der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auszugehen und diese in das Blickfeld zu rücken.

Hierzu gehört es, sowohl die schulisch wie außerschulisch erworbenen Kompetenzen von Jugendlichen aus Migrantenfamilien zu nutzen, um ihnen die gleichberechtigte Verwertung ihrer Bildungsvoraussetzungen zu ermöglichen. Um dieses umzusetzen ist die Realisierung folgender Punkte im Rahmen einer breit angelegten Qualifizierungsoffensive für junge Menschen mit (und ohne) Migrationshintergrund in einem integrierten Förder-Programm erforderlich:

- **Eine "zweite Chance": konsequent Nachqualifizierung anbieten**
  Insbesondere denjenigen jungen Menschen mit (und ohne) Migrationshintergrund, die keinen Berufsabschluss haben, gilt es im Rahmen einer breit angelegten Nachqualifizierungsinitiative eine "zweite Chance" für einen anerkannten Berufsabschluss zu eröffnen.

- **Vollqualifizierende Ausbildung für alle - betriebliche Ausbildung**
  Eine betriebliche Ausbildung hat auch weiterhin eine hohe Priorität für eine vollqualifizierende Ausbildung aller Jugendlichen in Deutschland. Neben der Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze gilt es hierfür beim Zugang zu einer betrieblichen Ausbildung allen eine faire Chance zu eröffnen. Mögliche Selektionsmechanismen am Übergang Schule - Ausbildung, insbesondere gruppenspezifische Zuschreibungen gegenüber Jugendlichen mit Migrationshintergrund bzw. bestimmten Gruppen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, gilt es rasch abzubauen. Ein Schritt hierbei ist Sensibilisierung von Personalverantwortlichen in Verwaltungen und Betrieben, ein weiterer - wie erfolgreiche Beispiele aus der Schweiz zeigen - die Anonymisierung von Bewerbungsunterlagen.

- **Vollqualifizierende Ausbildung für alle - außerbetriebliche Ausbildung**
  Stehen vor Ort nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung, so ist es notwendig, allen schulisch gut qualifizierten SchulabsolventInnen, insbesondere AltbewerberInnen - mit und ohne Migrationshintergrund - in Westdeutschland den direkten Zugang zu einer dualen Ausbildung in einem integrierten *außerbetrieblichen Ausbildungsplatzprogramm* zu ermöglichen - ohne (weitere) Umwege und Warteschleifen im sog. Übergangssystem. Im Rahmen eines solchen Programms sollten Plätze mit einem hohen Praxisanteil geschaffen werden.

- **Vielfalt als Chance - Diversity als integrierte Unternehmensstrategie**
  Betriebe verstehen zunehmend: Ein modernes zukunftsfähiges *Unternehmen* kann es sich nicht leisten, auf die Potenziale junger Menschen mit Migrationshintergrund als Nachwuchskräfte in Ausbildung und Beruf zu verzichten. Bei einigen Betrieben und Verwaltungen eventuell bestehende Bedenken gilt es im Vorfeld auszuräumen. Denn es dient angesichts der demografischen Herausforderungen dem unternehmerischen Eigeninteresse, die Vielfalt der Kompetenzen und Fähigkeiten *aller* jungen Menschen nutzen zu können. Das haben *Jugendliche* in Deutschland längst begriffen.

- **Regionales Übergangsmanagement und Übergangssystem qualitativ verbessern und zielgruppenspezifisch differenzieren**
  Der Übergangsprozess sollte durch ein breit angelegtes *Mentoring-Programm* unterstützt werden. Hierbei werden geschulte MentorInnen zur *aktiven, kontinuierlichen Begleitung* insbesondere junger Menschen mit Migrationshintergrund eingesetzt - von der ersten beruflichen Orientierung, beim Übergang von der Schule in die Ausbildung, im Verlauf der Ausbildung und darüber hinaus beim Übergang in den Beruf.

- **Anerkennung von Schul- und Berufsbildungsabschlüssen aus dem Herkunftsland**
  Um die Innovationsfähigkeit Deutschlands beizubehalten, gilt es die Potenziale aller hier lebenden Menschen zu nutzen, auch derjenigen, denen bisher noch die formale Anerkennung ihrer schulischen oder beruflichen Abschlüsse aus dem Herkunftsland fehlt. Dringlich sind hierfür bestehende Regelungen der Anerkennungspraxis bundesweit einheitlich weiterzuentwickeln, transparenter zu gestalten und allen InteressentInnen zu öffnen - unabhängig von ihrer Herkunft.“

Die soziale Herkunft der Jugendlichen wird in den hier dargestellten Analysen mit drei verschiedenen Merkmalen der Eltern abgebildet. Neben dem beruflichen Status des Vaters[33], der Aufschluss über die sozioökonomische Positionierung der Familie gibt, wird auch der (höchste) Schulabschluss sowie der Berufsabschluss von Mutter und Vater - und damit das Humankapital der Eltern - berücksichtigt. Es gibt es z.B. eine hohe positive Korrelation zwischen einem Hochschulabschluss des Vaters und/oder der Mutter und einer hoch qualifizierten Tätigkeit des Vaters. Ebenso korrelieren beispielsweise ein fehlender Schulabschluss und ein fehlender Berufsabschluss beider Eltern relativ stark miteinander.

Es zeigt sich auch, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu denjenigen ohne Migrationshintergrund aus Familien mit geringerem Sozialstatus stammen: Die Eltern haben häufiger keinen Berufsabschluss und der Vater übt öfter eine niedrig qualifizierte Tätigkeit aus. Die jungen Migrantinnen und Migranten haben auch wesentlich ungünstigere Schulabschlüsse.

Die Studie verdeutlicht, dass junge Frauen im allgemeinbildenden Schulsystem inzwischen erfolgreicher sind als junge Männer. Sie erreichen häufiger einen mittleren Schulabschluss oder die (Fach-)Hochschulreife. Dabei sind nicht nur die Schulabschlüsse der jungen Frauen deutscher Herkunft deutlich besser als die der männlichen Vergleichsgruppe, sondern auch die weiblichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben inzwischen einen klaren Vorsprung vor den männlichen Migranten erreicht.

Auch bei den Noten auf dem Schulabgangszeugnis sind leichte Unterschiede nach Geschlecht und Migrationsstatus feststellbar: So liegt der Notendurchschnitt der jungen Frauen bei 2,6, während er bei den jungen Männern mit 2,8 etwas schlechter ausfällt. Junge Migrantinnen kommen auf einen Schulnotendurchschnitt von 2,8, weibliche Jugendliche deutscher Herkunft auf 2,6. Männliche Migranten weisen einen Durchschnitt von 2,9, junge Männer ohne Migrationshintergrund von 2,8 auf.

Über 80% der Jugendlichen haben bei Beendigung der allgemeinbildenden Schule die Absicht, unmittelbar eine vollqualifizierende Berufsausbildung oder ein Studium zu beginnen. Die Bildungspläne unterscheiden sich vor allem zwischen Schulabsolventinnen und -absolventen mit und ohne Studienberechtigung, wie Übersicht 3 verdeutlicht. Nicht studienberechtigte Jugendliche suchen am häufigsten einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Liegt maximal ein Hauptschulabschluss vor, ist dies noch öfter der Fall als bei einem mittleren Schulabschluss, und bei jungen Männern noch ausgeprägter als bei jungen Frauen.

Weniger als 20% der Schulabsolventinnen und -absolventen planen nicht unmittelbar den Beginn einer vollqualifizierenden Ausbildung. Nicht studienberechtigte Jugendliche erwägen dann oftmals z.B. einen teilqualifizierenden Bildungsgang an einer Berufsfachschule oder den Besuch der Fachoberschule, und zwar häufig mit der Absicht, zunächst noch einen höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. Jugendliche mit Studienberechtigung legen nach Beendigung der Schule teilweise zunächst eine Phase der allgemeinen oder beruflichen Orientierung ein.[34]

---

[33] Es handelt sich um den beruflichen Status des Vaters zu dem Zeitpunkt, als der Jugendliche 15 Jahre alt war. Lebte der Jugendliche zu diesem Zeitpunkt nicht mit seinem Vater oder Stiefvater in einem Haushalt, wurde in der BIBB-Übergangsstudie der Berufsstatus der Mutter erfasst.

[34] Sie absolvieren häufig ein Praktikum, leisten einen Freiwilligendienst oder sind erwerbstätig, bevor sie ein Studium aufnehmen.

3. Detaildaten zur Lage von Migrantenjugendlichen in Deutschland im Bereich Schule und berufliche Bildung

Die folgende Übersicht stammt aus dem Jahresbericht der Staatsministerin für Integration im Amt der Bundeskanzlerin aus dem Jahr 2010, dem Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. [35]

3.1. Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Herkunft/Migrationshintergrund

Zum Schulalltag gehören heute Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, insbesondere in den westdeutschen Bundesländern und in Berlin. München verzeichnet seit Jahren 50 % Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund unter den Erstklässlern. Ähnlich sieht es beispielsweise in Hamburg, Stuttgart, Frankfurt am Main, Wiesbaden und Ludwigshafen aus.

In einigen Quartieren der Großstädte hat der Anteil von Kindern unter sechs Jahren mit einem Migrationshintergrund die 75 % Marke überschritten.[36] Schulen stehen dadurch vor enormen Herausforderungen. Sie müssen das Rüstzeug für den Weg in eine sich wandelnde Gesellschaft, ein selbstbestimmtes Leben und die Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung einer heute sozial wie ethnisch heterogenen Schülerschaft in durch Segregation gezeichneten Sozialräumen vermitteln.

Im Schuljahr 2008/2009 besuchten über 9 Mio. Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Deutschland. Davon waren nach der Schulstatistik über 800.000 Schülerinnen und Schüler bzw. 8,9 % nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.[37] Die Mehrheit der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen besaß im Jahr 2008 die Staatsangehörigkeit eines ehemaligen Anwerbelandes. 40,3 % hatten die türkische Staatsangehörigkeit und 7 % die eines der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Insgesamt waren 20,5 % Staatsangehörige eines EU-Landes, davon kamen 58,6 % aus den ehemaligen Anwerbeländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.[141]

Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit einem Migrationshintergrund fällt dem gegenüber wesentlich höher aus. Der Mikrozensus weist im Jahr 2008 für 3,03 Mio. aller Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender und berufsbildender Schulen einen Migrationshintergrund aus. Von ihnen sind über 2,2 Mio. in Deutschland geboren und haben keine eigene Migrationserfahrung.[38]

3.2. Die Verteilung nach Schularten

---

[35] Textquelle: Auszug aus: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2010, S. 87ff.

[36] Häussermann, Hartmut/ Werwatz, Axel/ Förste, Daniel /Hausmann, Patrick: Monitoring Soziale Stadtentwicklung, Berlin 2009, S. 14.

[37] Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 1 Schuljahr 2008/2009, Wiesbaden 2009, S. 7 sowie Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1 Schuljahr 2008/2009, Tabelle 4.3, Wiesbaden 2009.

[38] Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung Mikrozensus 2008, Tabelle 3, Wiesbaden 2010.

Die Bildungsstatistik ermöglicht hinsichtlich der Verteilung ausländischer Schülerinnen und Schüler nach Schularten folgende Feststellungen: Ausländische Schülerinnen und Schüler sind insgesamt an Hauptschulen, integrierten Gesamtschulen und Förderschulen sowie an Abendschulen über-, an Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschulen sowie vor allem an Gymnasien und freien Waldorfschulen unterrepräsentiert.

Diese Verteilungen spiegeln einerseits die vorhandenen Disparitäten im Schulbesuch wider, andererseits weist der überdurchschnittliche Besuch von Abendschulen auf ein überdurchschnittliches Interesse in Bezug auf das Nachholen schulischer Abschlüsse hin. Im Vergleich zum Gesamtanteil ausländischer Schülerinnen und Schüler von 8,9% weist die nachfolgende Tabelle Ihren jeweiligen Anteil an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulformen auf:

Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler nach Schularten

Schulart	Anteil ausländischer Schülerinnen/ Schüler 2008 (in % der Gesamtzahl)
Grundschulen	8,9
Hauptschulen	19,5
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	4,7
Realschulen	8,1
Gymnasien	4,4
Integrierte Gesamtschulen	13,9
Freie Waldorfschulen	2,0
Förderschulen	14,4
Abendhauptschulen	41,2
Abendrealschulen	21,6
Abendgymnasien	12,8
Kollegs	6,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, 2008/2009, Wiesbaden 2009, S. 211

Bei der Verteilung von Schülerinnen und Schülern nach Schularten ist unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Staatsangehörigkeiten eine erhebliche Binnendifferenzierung zu verzeichnen. Danach betrug zum Beispiel der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit italienische Staatsbürgerschaft an allen ausländischen Schülerinnen und Schülern, die eine Hauptschule besuchten 7,5 %.

Ausländische und deutsche Schülerinnen und Schüler nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Schularten 2008/2009[39]

Staatsangehörigkeit	Haupt-schule	Real-schule	Int. Gesamtschule	Gymnasium	Förder-schule
Insgesamt (n=9.023.572)	9,2	14,0	5,6	27,4	4,4
Deutsche (n=8.217 593)	8,6	14,1	5,3	28,7	4,1
Ausländer (n=805.979)	20,0	12,8	13,4	13,4	7,0
Türkei (n=324.845)	40,3	45,7	10,4	28,0	39,4
Italien (n=50.892)	7,5	6,9	6,9	4,7	7,7
Serbien (n= 32.729)	4,5	3,0	5,6	2,4	7,3
Griechenland (n= 28.017)	3,8	4,0	5,0	4,0	3,0
Polen (n= 24.571)	2,6	2,7	8,0	3,8	1,4
Russische Föderation (n=23.577)	1,7	2,3	5,6	5,3	1,3
Kroatien (n= 18.266)	1,8	3,1	5,0	3,5	1,9
Vietnam (n= 15.302)	0,5	1,7	5,0	5,6	0,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, 2008/2009, eigene Berechnungen

Dieser Befund wird durch eine weitere Binnendifferenzierung - die Verteilung nach Schulformen innerhalb jeweiliger Gruppen von Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrer jeweiligen Staatsbürgerschaft – bestätigt.

[39] Angaben in Prozent bzgl. der Grundgesamtheiten jeweils aller, aller deutschen bzw. ausländischen Schülerinnen und Schüler, bei ausländischen Schülerinnen und Schülern ausdifferenziert nach Staatsangehörigkeiten und Besuch der ausgewählten Schularten.

Schülerinnen/ Schüler ausländischer Staatsangehörigkeit, besuchte Schularten je Staatsangehörigkeit 2008/2009[40]

Staatsangehörig-keit	Haupt-schule	Real-schule	Int. Gesamtschule	Gymnasium	Förder-schule
Deutsche (n=8.217 593)	8,6	14,1	5,3	28,7	4,1
Türkei (n=324.845)	23,4	14,5	10,4	9,3	6,9
Italien (n=50.892)	23,7	13,8	6,9	9,9	8,6
Serbien (n= 32.729)	11,4	9,4	5,6	8,0	12,7
Griechenland (n= 28.017)	21,8	14,7	6,1	15,6	6,1
Polen (n= 24.571)	17,2	11,5	8,0	16,6	3,3
Russische Föderation (n=23.577)	11,7	10,2	5,6	24,5	3,1
Kroatien (n= 18.266)	15,5	17,4	5,0	20,7	5,9
Vietnam (n= 15.302)	5,9	11,2	5,0	39,9	1,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, 2008/ 2009, S. 248-249, Wiesbaden 2009

Die Betrachtung nach Staatsangehörigkeit zeigt, dass die russischen Schülerinnen und Schüler hinsichtlich der besuchten Schulart der Verteilung der deutschen Schülerinnen und Schüler am nächsten kommen. So besuchten 28,7 % aller deutschen und 24,5 % aller russischen Schülerinnen und Schüler ein Gymnasium. Schülerinnen und Schüler der hier berücksichtigten anderen Staatsangehörigkeiten liegen deutlich dahinter. Vor allem Schülerinnen und Schüler mit türkischem und italienischem Pass besuchen einerseits überproportional häufig die Hauptschule und weisen andererseits niedrige Gymnasialquoten auf. Dagegen weisen Schülerinnen und Schüler mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft die niedrigste Hauptschul- und die höchste Gymnasialquote auf, die mit 39,9 % vor der deutscher (28,7 %) liegt.

Überproportional häufig besuchen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund Förderschulen. Bei einem Anteil von 8,9 % an der Gesamtschülerschaft liegt ihr Anteil an

[40] Berücksichtigt wurden Staatsangehörigkeiten von Schülerinnen und Schülern, deren Anzahl im Jahr 2008 15.000 überstieg. Lesehilfe: Unter allen ausländischen Schülerinnen und Schülern, die z.B. die Hauptschule besuchen, hatten im Jahr 2008 45,7 % eine türkische Staatsbürgerschaft.

den Schülerinnen und Schülern in Förderschulen bei 14,4 %. In Bezug auf den hohen Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an Förderschulen weist der Bildungsbericht 2010 auf Differenzierungen und Forschungsbedarfe hin. Danach liegt die Förderschulbesuchs-quote von ausländischen Schülerinnen und Schülern aus Vietnam, der Ukraine, der Russischen Föderation, Polen und dem Iran unterhalb der der deutschen Schülerschaft, während Schülerinnen und Schüler aus Albanien und dem Libanon deutlich darüber liegen.[41]

Angesichts der überdurchschnittlichen Zuweisung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zum Förderschwerpunkt Lernen bedarf es einer Klärung der hierfür vorliegenden Gründe.

Im internationalen Vergleich besitzt Deutschland ein hoch differenziertes Förderschulsystem.

Während z.B. in Italien, Spanien oder in Skandinavien fast alle Kinder mit sonderpädagischem Förderbedarf in allgemeinen Schulen unterrichtet werden, erhalten in Deutschland nur 15 Prozent einen solchen inklusiven Unterricht.

Einige Bundesländer nehmen in diesem Prozess eine Vorreiterrolle ein. In Bremen beispielsweise besuchen bereits rund die Hälfte der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf den gemeinsamen Unterricht. In Baden-Württemberg sind es hingegen wenig mehr als ein Viertel und in Niedersachsen bisher sogar nur knapp fünf Prozent. Vor diesem Hintergrund bieten die gegenüber dem 7. Lagebericht ausgewiesenen Veränderungen der Anteile von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an Förderschulen erste Anhaltspunkte für den Übergang zu inklusiver Bildung.[42]

Unter Berücksichtigung des Merkmals Migrationshintergrund ist in Bezug auf Schulformen eine quantitative Ausweitung der eingangs betonten Disparitäten bei Beibehaltung der Grundrelationen festzustellen: Laut Mikrozensus 2008 hatten nur 21,1 % aller Schülerinnen und Schüler an Gymnasien einen Migrationshintergrund, an Hauptschulen dagegen lag ihr Anteil mit 42,6 % doppelt so hoch..

Obgleich die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Deutschland geboren wurde und schulvorbereitende Einrichtungen besuchte, sind in der Verteilung auf die Schularten der Sekundarstufe I und II nach wie vor erhebliche Differenzen zu den Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund festzustellen.

3.3. Das Niveau der Schulabschlüsse

Im Schuljahr 2007/ 2008 wurden 85.295 Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Staatsangehörigkeit – das sind 9 % der gesamten Absolventinnen und Absolventen – aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen. Die Gegenüberstellung der Schulabschlüsse von

---

[41] Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 72.

[42] Klemm, Klaus: Sonderweg Förderschulen: Hoher Einsatz, wenig Perspektiven. Bertelsmann-Stiftung 2009.

deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern zeigt – trotz geringfügiger Verbesserungen im Vergleich zum Vorberichtszeitraum – weiterhin Diskrepanzen im Bildungserfolg beider Gruppen. Verließen im Jahr 2003 noch 19,2 % der ausländischen Jugendlichen das allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss, so hat sich dieser Anteil von 2005 (17,5 %) bis 2008 weiter reduziert (15 %). Gleichwohl sind mit diesem Schuljahrgang über 13.000 ausländische Jugendliche ohne Abschluss aus der Sekundarstufe I ausgeschieden. Für sie ist der Übergang in eine berufliche Ausbildung zunächst deutlich erschwert, andererseits gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, den Schulabschluss nachzuholen, unter anderem – so die Voraussetzungen vorliegen – im Rahmen einer von der Bundesagentur für Arbeit geförderten berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme.

Deutsche und ausländische Absolventen/Abgänger ohne Hauptschulabschluss, mit Hauptschulabschluss bzw. mit allgemeiner Hochschulreife im Schuljahr 2007/2008 nach Bundesländern
Angaben in Prozent* 1)

Bundesland	Ohne Hauptschulabschluss		Mit Hauptschulabschluss		Allgemeine Hochschulreife	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
Baden-Württemberg	4,3	13,7	26,3	54,5	28,1	5,2
Bayern	5,4	15,6	27,1	49,2	23,3	8,2
Berlin	7,4	19,7	20,6	35,4	42,4	15,0
Brandenburg	9,6	8,4	14,3	17,5	42,6	40,8
Bremen	5,8	11,7	16,9	31,0	35,0	13,9
Hamburg	6,6	15,2	19,0	32,6	43,3	19,6
Hessen	5,5	12,9	20,7	39,5	29,8	10,2
Mecklenburg-	9,7	13,3	8,7	12,4	52,1	38,1
Niedersachsen	6,6	20,0	18,4	30,4	24,5	6,9
Nordrhein-Westfalen	5,4	14,1	18,4	33,5	31,4	12,8
Rheinland-Pfalz	6,3	15,9	24,1	43,5	28,2	9,3
Saarland	6,0	15,4	29,7	48,7	28,4	11,4
Sachsen	8,3	16,2	8,6	13,1	38,5	28,7
Sachsen-Anhalt	10,4	17,3	15,9	28,4	33,4	10,3
Schleswig-Holstein	8,1	15,3	27,7	41,6	25,8	11,1
Thüringen	6,8	15,4	13,3	27,6	41,1	17,3
Gesamt	6,2	15,0	20,8	40,2	30,5	10,7

*) Allgemeinbildende Schulen.
1) Gemessen an allen Absolventen/Abgängern der jeweiligen Abschlussart. Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, Wiesbaden 2009

Bei den Absolventinnen und Absolventen ohne deutsche Staatsangehörigkeit dominiert auch weiterhin der Hauptschulabschluss. Während rund 70 % der deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgänger einen mittleren oder höheren Abschluss erzielen, gilt dies nur für gut 40 % der ausländischen Jugendlichen. Besonders eklatant ist der Abstand zwischen deutschen und ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern weiterhin bei der Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife. Während im bundesweiten Durchschnitt jede/r dritte deutsche Schüler/in die allgemein bildende Schule mit dem Abitur abschließt, ist es bei den ausländischen Jugendlichen nicht einmal jede/r zehnte.
Weiterhin zeigt sich, dass – wie bei deutschen Jugendlichen auch – Mädchen im Schnitt höhere Abschlüsse erreichen als Jungen. Deutlich mehr Mädchen erreichen einen

Realschulabschluss bzw. das Abitur, erheblich weniger Mädchen verlassen die Schule ohne Abschluss. Diese Zahlen sprechen nicht nur für eine hohe Bildungsmotivation dieser Mädchen, sondern belegen auch, dass viele ausländische Eltern in hohem Maße bereit sind, in die Bildung ihrer Töchter zu investieren.

Betrachtet man die Daten der Schulstatistik zu deutschen und ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern nach ausgewählten Bundesländern, so zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede beim Schulerfolg.

Die Schulabbrecherquote ausländischer Jugendlicher ist im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum des 7. Lageberichtes gesunken, ist allerdings in Niedersachsen (20 %), Berlin (19,7 %) und Bayern (20 %) nach wie vor sehr hoch, hoch in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz (jeweils 14,1 %). Andererseits erreichen ausländische Jugendliche in den Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen überproportional häufig das Abitur, obgleich auch hier die Quote wesentlich niedriger liegt als jene der Deutschen.[43]

Besonders niedrig ist der Abiturientenanteil an den ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern in Baden-Württemberg und Niedersachsen, während Bayern und das Saarland aufgeholt haben.

Der Mikrozensus ermöglicht weitergehende Aussagen zum schulischen Bildungsniveau der in Deutschland lebenden Bevölkerung. Für den Zeitraum 2005 bis 2007 lässt sich anhand der Angaben über schulische Abschlüsse durchgängig eine geringfügige Erhöhung des Schulbildungsniveaus feststellen: Waren im Jahr 2005 nur 2,2 % der Deutschen ohne Migrationshintergrund ohne einen Abschluss, verringerte sich deren Zahl zum Jahr 2007 auf 2,1 %.

Analoge Entwicklungen zeigen sich für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Waren 2005 noch 13,3 % ohne Schulabschluss verringerte sich auch deren Zahl bis 2007 auf 12,6 %. Für den Zeitraum 2005 bis 2008 lassen sich für die Schulabschlüsse von 15- bis 19-Jährigen durchweg positive Veränderungen feststellen. Jugendliche mit Migrationshintergrund holen in Bezug auf sämtliche Schulabschlüsse auf.

Diese positive Entwicklung darf allerdings nicht über den nach wie vor erheblichen und inakzeptablen Bildungsabstand gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hinwegtäuschen. Bedenklich erscheint der Beauftragten insbesondere, dass der Anteil aller Jugendlichen ohne Abschlüsse nahezu konstant geblieben ist und Jugendliche mit Migrationshintergrund nach wie vor eine annähernd doppelt so hohe Schulabbruchquote wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund aufweisen.

Die Verlaufsdaten zeigen für den Zeitraum 2005 bis 2008, dass sich die Abstände von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegenüber Jugendlichen ohne Migrations-hintergrund in Bezug auf Hauptschulabschlüsse und mittlere Abschlüsse langsam aber stetig verringert haben, während sich der Abstand in Bezug auf höhere Abschlüsse offenbar

[43] In Wiesbaden beträgt die Gymnasialquote bei ausländischen Kindern 30,6 %, der Anteil an Gymnasiasten bei deutschen Kindern und Jugendlichen dagegen 60,8 %, Daten aus: Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden, 1. Fortschreibung 2010-2014.

vergrößert hat. Dies betrifft ebenso den größer gewordenen Abstand zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund ohne schulische Abschlüsse.

Schulabschlüsse der 15-19jährigen im Zeitraum 2005 bis 2008 (in %)

Mikrozensus Jahr Abschlüsse		**2005**	**2006**	**2007**	**2008**[148]	**Tendenz 2005 –2008**
Hauptschule	+ MH	47,4	47,9	47,1	43,0	-4,4
	- MH	33,6	33,1	33,0	31,0	- 2,6
Abstand		13,8	14,7	14,1	12,0	Verringerung
Mittlere	+ MH	33,9	34,0	34,9	34,7	+0,8
	- MH	50,9	50,5	49,3	49,5	- 1,4
Abstand		-17,0	- 16,5	-14,6	- 14,8	Verringerung
FH Reife	+ MH	7,9	7,8	7,8	8,9	+1,0
Abitur	- MH	10,1	10,7	12,2	12,5	+2,4
Abstand		- 2,2	- 2,9	- 4,2	- 3,6	Erhöhung
Ohne Abschluss	+ MH	10,8	10,3	10,0	13,3	+2,5
	- MH	5,4	5,8	5,4	7,0	+1,6
Abstand		5,4	4,5	4,6	6,3	Erhöhung

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2005-2008, summative Rundungsdifferenzen bzgl. 100% bis +/-0,2%; + MH = mit Migrationshintergrund; - MH = ohne Migrationshintergrund

Der Mikrozensus ermöglicht entsprechend für den Zeitraum 2005 bis 2008 folgende Trendabschätzungen:

Hauptschulabschlüsse: Der Abstand von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hat sich zwischen 2005 und 2008 verringert. Unter der Voraussetzung einer Beibehaltung des durchschnittlichen Ausgleichs von ca. 1 % pro Jahr könnte in ca. 10-12 Jahren eine Konvergenz eintreten.

Mittlere Abschlüsse: Jugendliche mit Migrationshintergrund erwerben vermehrt mittlere Schulabschlüsse, während der Anteil mittlerer Schulabschlüsse bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund offenbar zugunsten höherer Abschlüsse (Fachhochschulreife /Abitur) sinkt. Aufgrund dieser Gegenläufigkeit verringert sich zwar der Abstand, die Verringerung erfolgt jedoch langsamer gegenüber der in Bezug auf Hauptschulabschlüssen. Unter der Voraussetzung einer Beibehaltung des durchschnittlichen Verringerung von weniger als 1 % pro Jahr könnte in 14 bis 15 Jahren eine Konvergenz eintreten.

Fachhochschulreife/ Abitur: Der Erwerb der Fachhochschul- und Allgemeinen Hochschulreife nimmt bei allen Jugendlichen zu, wobei die Zunahme für Jugendliche mit Migrationshintergrund geringer ausfällt. Angesichts der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist eine Konvergenz nur dann zu erwarten, wenn insbesondere im Bereich der gymnasialen Oberstufe sowie in Bildungsgängen, die zur Fachhochschulreife/ dem Abitur führen eine überproportionale Erhöhung des Schüleranteils mit Migrationhintergrund erfolgt.

Jugendliche ohne Abschlüsse: Nach wie vor bleibt eine nahezu konstante Anzahl 15- bis 19jähriger ohne Abschlüsse – darunter überproportional viele Jugendliche mit Migrationshintergrund. Zwischen den Jahren 2005 und 2007 erfolgte zunächst eine

Verringerung des Abstandes im Umfang von 0,9 %, im Jahr 2008 vergrößerte sich dieser Abstand gegenüber 2007 jedoch wieder.[44]

Mit Blick auf weiterführende Interpretationen muss berücksichtigt werden, dass die hier statistisch ausgewiesenen Veränderungen keinesfalls die Binnendynamik von Auf- und Abstiegen widerspiegeln. Der zweite Bericht „Bildung in Deutschland“ hat vielmehr gezeigt, dass im schulischen System auf jeden aufwärts gerichteten Wechsel in höhere Schularten parallel fast fünf Abwärtswechsel in niedrig qualifizierende Schularten kommen.[45]

Die Länder haben im Nationalen Integrationsplan 2007 zugesagt „innerhalb der kommenden fünf Jahre die Abbrecher- und Wiederholerquoten deutlich zu senken und die Angleichung der Quoten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Gesamtdurchschnitt aller Schülerinnen und Schüler zu erreichen.“[46]

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass die Angleichung der schulischen Abschlussquoten teilweise begonnen hat und sich die Lücke langsam schließt. Das Tempo der Entwicklung befriedigt allerdings nicht. Die Beauftragte erwartet, dass die Länder ihre zentrale Selbstverpflichtung im Nationalen Integrationsplan ernst nehmen und das Tempo der Umsetzung erhöhen.

3.4. Jugendliche ohne schulische Abschlüsse

Obgleich die Möglichkeiten, schulische Abschlüsse in unterschiedlichsten Bildungswegen nachzuholen zunehmend in Anspruch genommen werden, ist es nach wie vor problematisch, dass eine große Zahl Jugendlicher die Schule zunächst ohne einen Abschluss verlässt. Im Jahr 2008 verließen fast 65.000 Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss, unter ihnen über 13.000 ausländische Jugendliche.[47]
Der aktuelle Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass 55 % der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen kommen, an denen – bis auf das Land Berlin – Hauptschulabschlüsse nicht immer erworben werden können.

Erschwert wird das Erlangen schulischer Abschlüsse für Jugendliche mit Migrationshintergrund zudem durch ihre durchschnittlich erheblichen Kompetenzrückstände, die sich im Bildungsverlauf bislang offenbar nur unwesentlich verringern. Kinder zugewanderter Eltern weisen im Bereich der Lesekompetenz sowohl in der Grundschule als auch in den weiterführenden Schulen der Länder einen Lernrückstand von mehr als einem Schuljahr auf.[48]

Von den 15- bis unter 19 -jährigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund hatten im Jahr 2008 13,3 % keinen Schulabschluss, 43 % einen Hauptschulabschluss, 34,7 % einen Realschulabschluss und 8,9 % die Fachhochschulreife/das Abitur (8,9 %).[49] Für fast alle

---

[44] Der Mikrozensus 2008 weist aufgrund einer neuen Definition des Merkmals „ohne Schulabschluss“ einen höheren Anteil von Personen ohne Schulabschluss auf.
[45] Bildung in Deutschland 2008, S. 9.
[46] Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen, Berlin 2007. S. 27.
[47] Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, 2008/2009, Wiesbaden 2009, Tabelle 6.3, S. 288.
[48] Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 87.

[49] Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung des Mikrozensus 2008, Tabelle 1, Wiesbaden 2010.

Vergleichsgruppen gilt, dass die jungen Frauen im Vergleich zu den jungen Männern bessere Schulabschlüsse erreichen (vgl. Tabelle 22 im Anhang).

Nominal weist der Mikrozensus 2008 insgesamt 170.000 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren ohne Schulabschluss aus, davon 63.000 mit Migrationshintergrund. Damit hatten in dieser Alterskohorte, deren Migrationsanteil 23,6 % betrug, mit 37 % überproportional viele Jugendliche mit Migrationshintergrund keine schulischen Abschlüsse.

Der enorme Handlungsbedarf wird daran deutlich, dass sich diese Relation gegenüber der im Jahr 2005 – nach geringfügigen Veränderungen in den Jahren 2006 und 2007 – nicht verändert hat.

Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren ohne Schulabschluss

	Insgesamt in 1.000	**davon mit Migrationshinter-grund**		**Anteil der Jugendlichen mit Migrationshinter-grund an der Alterskohorte**
		in 1.000	in %	
2005	120	45	37,5	22,9
2006	122	42	34,4	22,8
2007	118	41	34,7	22,4
2008	170	63	37,0	23,6

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus 2005-2008, eigene Berechung

Der Vergleich der 15 bis 19jährigen mit den 20 bis 24jährigen zeigt, dass die 20 bis 24jährigen Abschlüsse nachholen und sich ihre Nachholraten zwischen den Jahren 2005 und 2008 insgesamt steigerten. Jugendliche mit Migrationshintergrund nutzen offenbar die gebotenen Möglichkeiten weniger intensiv.

Anteil der 15-19- und 20-24jährigen ohne Schulabschluss (in %)

		MZ 2005	**MZ 2006**	**MZ 2007**	**MZ 2008**
15-19 Jahre	+ MH	10,8	10,3	10,0	13,3
	- MH	5,4	5,8	5,4	7,0
Abstand		5,4	4,5	4,6	6,3
20-24 Jahre	+ MH	6,7	6,7	6,3	6,9
	- MH	2,3	2,3	2,2	2,3
Abstand		4,4	4,4	4,1	4,6
Nachholrate in %	+MH	38,0 %	34,9 %	37,0 %	55,6 %
	-MH	57,4 %	60,3 %	59,2 %	67,1 %

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus MZ 2005-2008, Tabelle 1, eigene Berechnungen

Die Beauftragte weist darauf hin, dass diese anhaltend hohe Zahl der 15- bis 19jährigen Jugendlichen ohne Schulabschluss nicht hinzunehmen ist und nicht nur den Jugendlichen selbst angelastet werden kann. Schulversagen schließt Schülerinnen und Schüler ebenso ein wie Versäumnisse der Eltern und ist ein wesentlicher Indikator für die Leistungsfähigkeit der Schulen bzw. einen Mangel daran.

Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund benötigen in der gesamten Bildungskette kontinuierliche Unterstützung, um Schulabbrüche zu vermeiden den Jugendlichen zu helfen, sich nach einem Schulabbruch über das Nachholen von

Abschlüssen eine Ausbildungsperspektive, eine qualifizierte Ausbildung und eine Beschäftigung zu erarbeiten.[50]

Zur Unterstützung dieser Jugendlichen greifen auf Bundesebene vor allem die Sozialgesetze (SGB) II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und III (Arbeitsförderung); auf der Ebene der Länder sind dies vor allem die Schulgesetze und auf der kommunalen Ebene vor allem Leistungen nach SGB II sowie SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe). Für die Durchführung von Programmen werden i. d. R. zusätzliche Mittel der EU und des Europäischen Sozialfonds (ESF) verwendet.[51]

3.5. Bildungserfolg und soziale Lage

Fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren wächst in Risikolagen auf, die darin bestehen, dass die Eltern nicht in das Erwerbsleben integriert sind (soziales Risiko), ein geringes Einkommen haben (finanzielles Risiko) oder über eine geringe Ausbildung verfügen (Risiko der Bildungsferne). Im Jahr 2008 lebten insgesamt fast ein Drittel (29 %) der 13,6 Mio. Kinder und Jugendlicher unter 18 Jahren in mindestens einer dieser Risikolagen, darunter 1,7 Mio. Kinder und Jugendliche in Familien mit Migrationshintergrund (42 %). Für sie weist der aktuelle Bildungsbericht 2010 insbesondere hohe finanzielle Risiken aufgrund der ungenügenden Integration der Eltern in das Erwerbsleben sowie hohe Risiken bzgl. der Bildungsferne aus.[52]

Die Beauftragte hat mit der Vorlage des Ersten Integrationsindikatorenberichtes gezeigt, dass Bildungsprobleme von Kindern und Jugendlichen nicht primär auf deren Migrationshintergrund, sondern auf sozialstrukturelle Faktoren, den Sprachgebrauch im Haushalt, das Bildungsniveau und die Bildungsorientierungen der Eltern zurückzuführen sind.[53] Zahlreiche Untersuchungen bestätigen dies.[54] Strittig ist allerdings, wie und in welchen Phasen von Bildungsverläufen sich soziale Herkunft und Migrationshintergrund auswirken. Als Erklärungsmodell wird inzwischen überwiegend die Unterscheidung von primären und sekundären Herkunftseffekten herangezogen:

- Primäre Herkunftseffekte sind Einflüsse der sozialen Herkunft, die sich auf die Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler auswirken und in Folge dessen in Schulnoten niederschlagen (und darüber vermittelt auch Übergangsempfehlungen beeinflussen).
- Sekundäre Herkunftseffekte sind dagegen Einflüsse der sozialen Herkunft, die sich in unterschiedlichen Bildungserwartungen und Bildungsgangentscheidungen (z. B. Schulwahlentscheidungen) niederschlagen.

Forschungen zur Frage, ob von der sozialen Herkunft Effekte auf die Benotung, die Vergabe der Schullaufbahnempfehlung und die schließlich getroffene Übergangsentscheidung

---

50 Die Bundesregierung unterstützt diese Jugendlichen mit zahlreichen Programmen, vgl. dazu Kapitel II.1.2.

51 Bundesinstitut für Berufsbildung: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, Bonn 2009, S. 204.

52 Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 27.

53 Integrationsbeauftragte, Erster Integrationsindikatorenbericht 2009, S. 140-143.

54 Vgl. die Überblicksdarstellung von Maaz, Kai / Baumert, Jürgen / Trautwein, Ulrich: Genese sozialer Ungleichheit im institutionellen Kontext der Schule: Wo entsteht und vergrößert sich soziale Ungleichheit? In: Baumert, Jürgen / Maaz, Kai / Trautwein, Ulrich (Hrsg.): Bildungsentscheidungen. Zeitschrift für Erziehungswissenschaften, Sonderheft 12, Wiesbaden 2009, S. 11-46.

ausgehen, zeigen, dass der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Benotung am geringsten und auf die vollzogene Übergangsentscheidung am höchsten ist, das heißt insbesondere sekundäre Herkunftseffekte wirksam sind. Bei der Leistungsbewertung dürfte sich wiederum der primäre Herkunftseffekt auswirken. Bei der Vergabe der Übergangsempfehlung durch die Grundschule fielen beide Effekte etwa gleich groß aus.

Zahlreiche neuere Ergebnisse bestätigen, dass sich die niedrigeren Chancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Wesentlichen auf den niedrigeren sozioökonomischen Status ihrer Familien zurückführen lassen, weisen aber auch darauf hin, dass für Jugendliche mit Migrationshintergrund Abschlusskonstellationen unterhalb der Hochschulreife selbst unter Beachtung des sozioökonomischen Status durchweg ungünstiger ausfallen. Es konnte jedoch auch gezeigt werden, dass mit Blick auf den Anteil derjenigen mit Abitur- und Gymnasialbesuch, bei gleichem sozialökonomischem Status keine nennenswerten Migrationsunterschiede mehr bestehen.[55]

Förderstrategien für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen sowohl deren primäre als auch sekundäre Herkunftssituation berücksichtigen und Möglichkeiten zur Verbesserung der materiellen Situation, Veränderungen der Bildungserwartungen der Eltern und des gesamten sozialen Umfelds sowie die Sensibilisierung aller pädagogisch Tätigen berücksichtigen.

Das BMBF hat im April 2010 im Rahmenprogramm Empirische Bildungsforschung eine Förderrichtlinie „Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Sozialer Wandel und Strategien der Förderung“ veröffentlicht, um ab 2011 verstärkt Forschung zu neuen Ausprägungen von Bildungsungleichheit infolge des sozialen und demografischen Wandels sowie zu den Gelingensbedingungen einer erfolgreichen Teilhabe am Bildungssystem zu fördern. Ein Schwerpunkt sind dabei auch Untersuchungen zu Bildungsmobilität und- erfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, da hier ein besonderer wissenschaftlicher Erkenntnisbedarf besteht.

3.6. Die Berufliche Bildung

Nach einer erfolgreichen schulischen Bildung sind der Übergang in eine qualifizierte Berufsausbildung und ihr erfolgreicher Abschluss entscheidend für den persönlichen Werdegang junger Migrantinnen und Migranten, ihrer weiteren beruflichen Perspektiven und Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Für zwei Drittel aller Jugendlichen ist diese Form der beruflichen Qualifizierung der Einstieg ins Berufs- und Arbeitsleben. Im deutschen Bildungssystem kommt der dualen Berufsausbildung daher ein hoher Stellenwert zu. Trotz gleich hoher Ausbildungsinteressen gelingt allerdings nur jedem vierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein problemloser Übergang (bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund über 50%).[56] Die Erhöhung ihrer Ausbildungsbeteiligung ist ein Gebot der Chancengerechtigkeit und angesichts des demographischen Wandels und des bereits

---

[55] Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demographischen Wandel. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bielefeld 2010, Kapitel D: Nold, Daniela: Sozioökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern 2008, In: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 2/ 2010.

[56] Ein problemloser Einstieg in eine duale Ausbildung gelingt nur 23 % der Jugendlichen mit und 35 % der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

eingetretenen Fachkräftemangels ohne Alternative und stellt somit einen Schlüssel für erfolgreiche Integration dar.[57]

Vorrangiges Ziel der Beauftragten ist es, vorhandene Zugangsbarrieren für Jugendliche mit Migrationshintergrund abzubauen und ihre Chancengleichheit in Ausbildung und Beschäftigung zu sichern. Sie hat hier einen Schwerpunkt ihrer Initiativen gesetzt und gemeinsam mit den Partnern des Nationalen Paktes für

Ausbildung und Fachkräftenachwuchs (Ausbildungspakt) zur Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze, der Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungssituation der Jugendlichen mit Migrationshintergrund beigetragen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich gemeinsames Engagement lohnt. So konnten im Rahmen der von der Beauftragten gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und ausländischen Unternehmerverbänden unterstützten Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ die Ansprache von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Zuwanderungsgeschichte allein durch das Programm JOBSTARTER mittlerweile über 2.600 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Bis Ende 2010 unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung 1.000 Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund bei der Erlangung der Ausbildereignung. Auch die Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie „Integration durch Ausbildung“, in deren Mittelpunkt gemeinsame Veranstaltungen insbesondere mit Migrantenorganisationen stehen, leistet durch Informationen rund um das Thema „Duale Berufsausbildung“ einen Beitrag zu einer Verbesserung der Ausbildungssituation junger Migrantinnen und Migranten. Ziel dieser Initiative ist es aber auch, Ausbildungspotentiale in Unternehmen, die von Migranten geführt werden, zu erschließen, da diese im Vergleich zu deutschen Unternehmen unterdurchschnittlich ausbilden.

Hervorheben möchte die Beauftragte das nachhaltige Integrationsengagement der Industrie- und Handelskammern, des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und der Handwerkskammern vor Ort. So hat der ZDH eigene Positionen zur Integration erarbeitet und einen Integrationsatlas vorgelegt.[58] Auch die Erfahrungen des Bundesverbandes freier Berufe sollten Verbreitung finden. Die freien Berufe weisen seit Jahren die höchsten Ausbildungsquoten ausländischer Jugendlicher auf.

Die Zusammenarbeit mit dem von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände koordinierten „Netzwerk Schule Wirtschaft“ und der Kultusministerkonferenz hat dazu beigetragen, die Ausbildungsmotivation der Jugendlichen über eine frühzeitige Berufsorientierung zu verbessern. Insbesondere die Bundesagentur für Arbeit hat sich im Jahr 2009 im Bereich der Berufsorientierung mit einer Förderung von über 67 Mio. € für über 51.000 Schülerinnen und Schüler engagiert. Hervorzuheben sind sowohl

---

[57] Grundlagen der Darstellung sind der Berufsbildungsbericht 2010, der Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 sowie zahlreiche Anregungen aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Berücksichtigung fanden Ergebnisse der Sonderauswertung des Mikrozensus 2005-2008. Verwiesen wird darüber hinaus auf: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Working Paper 22): Siegert, Manuel: Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten, Nürnberg 2009.

[58] Zentralverband des Deutschen Handwerks: Migration und Integration – Chancen der Vielfalt nutzen, Berlin 2009.

die Initiative „Integration durch Ausbildung“ des Bundesministeriums für Wirtschaft, die gemeinsam mit deutschen und ausländischen Unternehmerverbänden durchgeführt wird, als auch entsprechende Bundesprogramme und Regelangebote, zum Beispiel die Einstiegsqualifizierung.

Seit Februar 2009 erprobt die Bundesagentur für Arbeit an 1.000 allgemeinbildenden Schulen, die zum Hauptschulabschluss führen, die Berufseinstiegsbegleitung. Schulen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wurden bei der Auswahl besonders berücksichtigt. Diese individuelle Unterstützung beim Erreichen des Schulabschlusses und im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung kommt daher besonders Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zugute. Der Zugang von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu einer beruflichen Erstausbildung erweist sich nach wie vor als schwierig. Nach wie vor liegen hier Ausbildungspotenziale brach. Die in der schulischen Bildung erkennbaren ersten Integrationsfortschritte sind in der beruflichen Bildung bislang nicht angekommen.

Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund weisen erheblich verzögerte Übergänge in eine Ausbildung und eine geringere Ausbildungsbeteiligung gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund und daraus resultierend ein deutlich niedrigeres berufliches Bildungsniveau auf. Die Hälfte der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Alter von 20 bis 24 Jahren verfügt über keinen beruflichen Abschluss, unter den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund betrifft das ein Viertel. Aus Sicht der Beauftragten ist es besorgniserregend, dass sich diese Relation seit 2005 kaum verändert hat. Nicht hinzunehmen ist, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bei gleicher Eignung bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen zu kurz kommen.

Damit sind keineswegs nur bildungs- und arbeitsmarktpolitische Probleme und erschließbare stille Reserven angesprochen; verwiesen wird vor allem auf die weitreichenden sozialen Folgeprobleme von Ausbildungsdiskriminierung, niedrig qualifizierter Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und den damit einhergehenden Folgen für die gesellschaftliche Integration und die sozialen Sicherungssysteme.

3.7. Die Ausbildungsbeteiligung von jugendlichen Migranten

Die Übergangsschwierigkeiten in eine berufliche Ausbildung führen zu deutlich niedrigeren Ausbildungsbeteiligungsquoten ausländischer Jugendlicher.[59] Der inakzeptabel hohe Abstand zwischen der Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher gegenüber deutschen hat sich zwischen 2007 und 2008 nur geringfügig verringert. Wurden Ausbildungsbeteiligungs-quoten bislang anhand von Bestandszahlen bestimmt, ermöglicht die seit 2007 erfolgte Umstellung der Ausbildungsstatistik auf Individualdaten weitaus exaktere Angaben.[60] Die neu berechneten Ausbildungsbeteiligungsquoten ausländischer Jugendlicher betrugen danach für das Jahr 2007 30,2 % und für 2008 32,2 %.
Die Ausbildungsbeteiligungsquoten deutscher Jugendlicher beliefen sich im gleichen Zeitraum auf 68,8 % für das Jahr 2007 und auf 68,2 % für 2008. Die gegenüber der bisherigen Berechnung um mehr als 10 % nach oben veränderten Quoten könnten zunächst den Eindruck erwecken, dass die in den bisherigen Lageberichten der Beauftragten

---

[59] Die Ausbildungsbeteiligungsquote gibt die Relation neu abgeschlossener Ausbildungsverträge zur Wohnbevölkerung im gleichen Alter an.

[60] Uhly, Alexandra/ Gericke, Naomi: Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquoten, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn 2010.

aufgezeigten jahrzehntelangen Rückgänge der Ausbildungsbeteiligungsquote ausländischer Jugendlicher von 33,9 % im Jahr 1994 auf 23,0 % im Jahr 2006 unzutreffend gewesen sei. Das trifft nicht zu: Aufgrund der neuen Datenlage erweist sich der Ausbildungsabstand deutscher und ausländischer Jugendlicher vielmehr weitaus größer als bislang angenommen. Betrug die Differenz zwischen der Ausbildungsbeteiligung deutscher und ausländischer Jugendlicher nach der „alten" Datenlage im Jahr 1992 33,2 %, im Jahr 2000 33,4 % und im Jahr 2007 33,7 %, so liegt sie nun deutlich höher. Im Jahr 2007 betrug sie 38,6 %, im Jahr 2008 36,0 %. Diese Verringerung um 2,6 % – ein Ergebnis der Aktivitäten des Ausbildungspaktes sowie zahlreiche Programme der Bundesregierung kann keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit der ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren ausbildungslos bleibt.

Vor dem Hintergrund der positiven Konjunkturentwicklung stieg die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse von 581.181 im Jahr 2006 auf 624.177 im Jahr 2007. Ab 2008 ist die Zahl der Neuverträge allerdings rückläufig und entwickelte sich von 616.342 Neuverträgen im Jahr 2008 auf 566.004 im Jahr 2009. Sie ist damit hinter den Stand von 2006 zurückgefallen.[61]

Der Anteil der Neuverträge mit ausländischen Jugendlichen an allen abgeschlossenen Neuverträgen stieg dagegen antizyklisch von 4,8 % (absolut: 29.814) im Jahr 2007 auf 5,1 % (absolut: 31.080) im Jahr 2008. Damit nahmen 2008 1.266 mehr ausländische Jugendliche eine berufliche Ausbildung auf – gegenüber dem Jahr 2007 ein Anstieg um 4,2 %. Der jahrzehntelange Abwärtstrend scheint damit gestoppt.

Vor dem Hintergrund noch nicht vorliegender Zahlen für 2009 erscheint es allerdings zu früh, von einer Trendwende auszugehen. Die antizyklische Zunahme der Neuverträge mit ausländischen Auszubildenden relativiert sich zudem angesichts der Nachfrage ausländischer Ausbildungsplatzsuchender. Sie stieg von 9,5 % im Ausbildungsjahr 2007/2008 auf 10,3 % im Ausbildungsjahr 2008/2009.[62]

Entsprechend konnte im Ausbildungsjahr 2008/2009 47 % der ausländischen Bewerber kein Ausbildungsplatz vermittelt werden.

Insgesamt stellt sich die Verteilung der ausländischen Jugendlichen unter den Neuzugängen zur beruflichen Bildung wesentlich ungünstiger dar als die der deutschen Ausbildungsanfänger. Verteilt sich die Gesamtheit der Neuzugänge zu 43,5 % auf die duale Ausbildung, zu knapp 17 % auf das Schulberufs- und zu 40 % auf das Übergangssystem, so sind die entsprechenden Werte für ausländische Jugendliche 28 %, 11,5 % und gut 60 %. Dies bedeutet auch, dass sie im vollqualifizierenden (dualen und schulischen) Berufausbildungssystem deutlich unter-, im Übergangssystem stark überrepräsentiert sind.

Die reduzierten Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung verteilen sich regional zudem sehr unterschiedlich. Bei den Ländern mit hohen Ausländeranteilen an den Schulentlassenen – dies sind mit jeweils über 12 % die Stadtstaaten sowie als Flächenländer Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg – sind die Chancen für ausländische Jugendliche am schlechtesten. Da Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg mehr großstädtische Zentren als etwa Niedersachsen, Schleswig-

[61] Daten zu Neuverträgen mit ausländischen Jugendlichen für 2009 liegen voraussichtlich im Herbst 2010 vor.
[62] Bundesagentur für Arbeit: Bewerber für Berufsausbildungsstellen 2006/07 bis 2008/09, Nürnberg 2010.

Holstein und Rheinland-Pfalz besitzen, liegt es nahe, die Hauptrisikozonen für die Ausbildungsversorgung junger Ausländer in großstädtischen Ballungszentren zu sehen.

3.8. Die Ausbildungsbeteiligung von jungen Frauen

Der Anteil der jungen Frauen an den ausländischen Auszubildenden im dualen System betrug 2008 44,6 % und lag damit statistisch höher als der Frauenanteil bei allen neuen Auszubildenden (41,2 %). Gleichwohl bleiben viele dieser jungen Frauen – trotz der im Vergleich zu den männlichen ausländischen Schulabgängern besseren Schulabschlüsse und ihres größeren Engagements bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz – ohne anerkannten Berufsabschluss und damit ohne reelle Chance auf dem Arbeitsmarkt.
2008 lag ihre spezifische Ausbildungsquote mit 28,9 % niedriger als die der ausländischen jungen Männer (35,4 %) und deutlich unter der deutscher junger Frauen (58 %) (vgl. Tabelle 23 (Ausbildungsbeteiligungsquoten)). Ein Grund hierfür dürfte in der geschlechtsspezifischen Berufswahl liegen, die dazu führt, dass ausländische junge Frauen auf dem Ausbildungsstellenmarkt vor allem mit schulisch besser ausgebildeten jungen deutschen Frauen konkurrieren.

Untersetzt werden diese Zahlen durch die Daten des Mikrozensus 2008, aus denen hervorgeht, dass in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen nur 40,1 % der jungen Frauen mit Migrationshintergrund eine duale oder vergleichbare Ausbildung abgeschlossen haben, während dies für immerhin 42,7 % der jungen Männer mit Migrationshintergrund und für 64,2 % der jungen Frauen ohne Migrationshintergrund zutrifft.[63]

3.9. Die Ausbildungsbeteiligung nach Ausbildungsbereichen und Branchen

Der Anteil an Auszubildenden mit ausländischem Pass ist seit 1995 in allen Berufsgruppen rückläufig, was nur teilweise mit einem Rückgang des Ausländeranteils durch Einbürgerungen zu erklären ist. Trotz der rückläufigen Ausbildungschancen junger Ausländerinnen und Ausländer auch in den Freien Berufen, liegt der Ausländeranteil hier mit 7 % 2007 höher als in allen anderen Ausbildungsbereichen.
Offenbar wird in freiberuflichen Ausbildungsbetrieben und - praxen die hohe Bildungsmotivation vor allem ausländischer Jugendlicher sowie das zweisprachige Potenzial, das viele junge Menschen ausländischer Herkunft mitbringen, besonders hoch geschätzt. In den letzten Jahren schwankte die Beteiligung ausländischer Jugendlicher in diesem Bereich nur geringfügig zwischen 7 % und 9 %. In der Hauswirtschaft fällt ihr Anteil geringer aus, hat sich jedoch von 1992 (2,4 %) bis 2007 (3,2 %) erhöht. In allen anderen Berufen ist in diesem Zeitraum der Anteil ausländischer Jugendlicher an der Gesamtzahl der Auszubildenden zurückgegangen. Im Handwerk fällt er mit 4,9 % im Jahr 2007 leicht überproportional (im Vergleich zum Gesamtanteil von 4,3 %), in den Ausbildungsberufen von Industrie und Handel mit 3,9 % im Jahr 2007 unterproportional aus. Nach wie vor ist insbesondere die Ausbildungsleistung im öffentlichen Dienst gering: Gerade einmal 1,5 % der Auszubildenden hatten 2007 eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit (1992: 2,6 %).[64]
Überdurchschnittlich fielen die Ausländeranteile mit 7,9 % unter den Auszubildenden in den zweijährigen Ausbildungsberufen aus. Vergleichsweise häufig kommen ausländische Auszubildende mit 5,6 % auch in den primären Dienstleistungsberufen vor. Eher geringe

[63] Sonderauswertung Mikrozensus 2008, Tabelle 2, Wiesbaden 2010.
[64] BIBB Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, Bonn 2010, S. 122.

Werte ergeben sich dagegen in den Produktions- und Technikberufen (3,6 % und 3,3 %) sowie in den neuen Berufen (3,8 %).

In der Beteiligung ausländischer Jugendlicher an der Ausbildung nach BBiG (Berufsbildungsgesetz) und HWO (Handwerksordnung) ist eine Konzentration auf nur wenige Berufe festzustellen. Sehr hohe Ausbildungsquoten weisen die ausländischen Jugendlichen in sechs Berufen auf: Friseur/in, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/in, medizinische(r) Fachangestellte(r), Kraftfahrzeugmechatroniker/in und Zahnmedizinische(r) Fachangestellte(r). Auf diese Berufe konzentrieren sich knapp 34 % aller ausländischen Auszubildenden, hingegen nur 18 % der deutschen Jugendlichen. In Berufen wie Bankkaufmann/-kauffrau, Mechatroniker/in, Industriekaufmann/-kauffrau und Industriemechaniker/in sind dagegen die Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit gegenüber den deutschen Jugendlichen unterrepräsentiert.

Insgesamt sind die meisten Auszubildenden mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit – 63 %– in nur 20 Ausbildungsberufen anzutreffen. Zum Vergleich: Bei den deutschen Auszubildenden sind es 52 %. Damit bestätigen sich insgesamt die Befunde der Vorjahre.

3.10. Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund ohne Berufsabschluss

Die Integration in eine qualifizierte Berufstätigkeit ist ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss kaum möglich. Zudem geht der Bedarf an nichtqualifizierten Hilfskräften aufgrund des Strukturwandels absehbar zurück. Im Jahr 2008 hatten 37,3 % der 25-34-Jährigen mit Migrationshintergrund keinen beruflichen Abschluss.[65] In der gleichen Altersgruppe ohne Migrationshintergrund waren es nur 10,8 %. Am schwierigsten ist die Situation der 25-34jährigen ohne deutschen Pass, von denen 46,9 % über keinen beruflichen Abschluss verfügen.

Ein positiver Trend zeigte sich dagegen beim Vergleich der ersten mit der zweiten Migrantengeneration: Während 39,5% der 25-34jährigen mit eigener Migrationserfahrung keinen beruflichen Abschluss hatten, betrug der Wert für diejenigen ohne eigene Migrationserfahrung 28,8 %.

Betrachtet man die gesamte Altersgruppe der nicht mehr schulpflichtigen ausländischen Jugendlichen – d.h. die Auszubildenden, die Vollzeitberufsschüler sowie die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe – so zeigt sich, dass die Quote derer, die einen Ausbildungsvertrag haben oder die in Vollzeitschulen lernen, nach wie vor 60 % nicht übersteigt. Dies bedeutet, dass 40 % aller Jugendlichen mit ausländischem Pass im Anschluss an die Schulpflichtzeit ohne jede weitere Ausbildung bleiben. Bei deutschen Jugendlichen beträgt dieses Verhältnis ca. 85 % zu 15 %.

Die Problematik der Ausbildungslosigkeit verschärft sich, wenn man ältere Generationen einbezieht: Während nur 15 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Alter von 20 bis 64 Jahren keinen beruflichen Abschluss haben, gilt dies für 44 % der Befragten mit

[65] Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Daten für das Berichtsjahr 2008, Tabelle 2, Wiesbaden 2010; Kategorie: kein beruflicher Abschluss bzw. Anlern-/ Berufspraktikum/ BVJ.

Migrationshintergrund. Am höchsten liegt der Anteil der Unqualifizierten mit 72 % bei den in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft, von denen fast jede/r Fünfte (18,2 %) Deutsche/r ist. Aber auch bei den Befragten griechischer (61 %) und italienischer (56 %) Herkunft liegt der entsprechende Anteil deutlich über dem Durchschnitt. Vor dem Hintergrund dieser Situation weist die Beauftragte auf die Notwendigkeit hin, Angebote beruflicher Nachqualifizierung jeweils auf bestimmte Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund zuzuschneiden.

Insgesamt sind verstärkte Angebote zur beruflichen Nachqualifizierung unabdingbar. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass rund 70 % der ausländischen Arbeitslosen Ungelernte sind. Wie auch in der Gesamtbevölkerung haben Frauen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung sowie mit ausländischer Staatsangehörigkeit häufiger als die Männer mit vergleichbaren Merkmalen keinen beruflichen Abschluss. Allerdings weisen die Daten des ersten Indikatorenberichtes und der Sonderauswertung des Mikrozensus darauf hin, dass die Anteile der 25-34jährigen Frauen ohne Abschluss in der 2. Generation deutlich geringer ausfallen.[66]

3.11. Beteiligung an berufsschulischen Angeboten

Nach Einschätzung des Bundesinstitutes finden 35% der Bewerberinnen und Bewerber ohne Migrationshintergrund einen betrieblichen Ausbildungsplatz, von denjenigen mit Migrationshintergrund nur 29 %. Rund 28% der Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund befinden sich, wenn sie keine Ausbildungsstelle bekommen haben, in Bildungsgängen des „Übergangssystems“ wie Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) o. ä., die nicht unmittelbar zu einem Berufsabschluss führen – häufiger als Lehrstellensuchende ohne Migrationshintergrund (23 %).[67]

Ihre Bildungsverläufe sind geprägt durch Umwege, Mehrfachdurchläufe, „Warteschleifen“ und „Maßnahme-Karrieren“, aus denen der Weg in eine qualifizierte Berufsausbildung nur schwer zu finden ist. Überproportional häufig sind sie in vollzeitschulischen Berufsbildungsgängen zu finden, die die Erreichung der angestrebten Ziele eines Berufsabschlusses zumindest verzögern. Besonders häufig sind sie in solchen schulischen Bildungsgängen vertreten, die nicht zu einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf führen und auch nicht zu den weiterführenden Bildungsgängen des beruflichen Schulwesens gehören.

Nach Schulformen waren ausländische Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen – bei einem Gesamtanteil von 7 % - im Schuljahr 2008/2009 überproportional im Berufsvorbereitungsjahr (17,4 %), an Berufsaufbauschulen (13,2 %) und Berufsgrundbildungsjahr (12,7 %), unterdurchschnittlich dagegen an Fachoberschulen (6,7 %), Fachgymnasien (5,4 %) und Fachschulen (3,7 %) vertreten.[68]

---

66 Erster Indikatorenbericht, Berlin 2009, S. 46.; Sonderauswertung Mikrozensus 2008, Tabelle 2, Wiesbaden 2010.

67 Granato, Mona (2008): Nachhaltigkeit durch Bildungsgerechtigkeit. Am Beispiel des Übergangs Schule-Ausbildung. In: Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.): Forum „Aufstieg durch Bildung – Chancen und Hemmnisse im Rahmen der 6. Jahreskonferenz, Berlin 2008, S. 15.

68 Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Berufliche Schulen 2008/2009, Wiesbaden 2010, Tabelle 1.2.2., S. 53; Bezugsgrößen jeweils die Gesamtanzahl aller Schülerinnen und Schüler je Schulform.

Die Nutzung berufsschulischer Angebote eröffnet ausländischen Schülerinnen und Schülern allerdings auch die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen und damit ihre Voraussetzungen bei der Suche nach Ausbildungsplätzen zu verbessern. So hatten im Jahr 2008 von den insgesamt 1.148.996 Absolventen der beruflichen Schulen 80.425 (7 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Immerhin 23,7 % der jungen Nichtdeutschen (Deutsche: 25,7 %) nutzten die Chance, einen Schulabschluss nachzuholen (zur Art der Abschlüsse vgl. nachfolgende Tabelle).

Berufsschulabsolventen des Schuljahres 2007/ 2008 nach Schulabschluss, Nationalität und Geschlecht Angaben in Prozent

	Deutsche			Ausländer		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Hauptschulabschluss	2,8	3,3	2,3	5,2	5,8	4,5
Mittlerer Abschluss	8,2	7,5	8,8	9,8	8,8	10,9
Fachhochschulreife	10,4	10,1	11,0	6,9	6,7	7,2
Allg. Hochschulreife	4,0	3,6	4,4	1,9	1,7	2,1

Quelle: Statisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, 2007/2008, Tabelle 1.4.1, eigene Berechnungen

Mit einem Anteil von 9,8 % erwarben im Schuljahr 2007/2008 ausländische Absolventinnen und Absolventen etwas häufiger einen mittleren Abschluss (Fachschulreife bzw. Realschulabschluss) an einer beruflichen Schule als Abgängerinnen und Abgänger insgesamt. Ein Hauptschulabschluss wird – vor dem Hintergrund höherer Anteile von Jugendlichen ohne Schulabschluss – sogar deutlich häufiger von Ausländerinnen und Ausländern nachgeholt: 4,9 % der ausländischen (insgesamt nur 2,9 % der) Absolventinnen und Absolventen machten 2007 von dieser Möglichkeit Gebrauch. Bei der (Fach-) Hochschulreife hingegen liegen die Anteilswerte der ausländischen Absolventinnen und Absolventen deutlich unter denen der deutschen.

3.12. Berufsausbildung in Unternehmen von Migrantinnen und Migranten

Da die Quote der ausbildenden Unternehmen von Migrantinnen und Migranten unterdurchschnittlich ist (5 – 15% je nach Herkunftsland, lediglich die türkischen Unternehmen erreichen eine Quote von 19 %, Unternehmen von Menschen ohne Migrationshintergrund erreichen eine Quote von ca. 25 %), gilt es, die brach liegenden Potentiale der Migrantenunternehmen zu erschließen.

Hierzu ist es erforderlich, den bisher noch nicht ausbildenden Unternehmen das „Duale Berufsausbildungssystem“ näher zu bringen und ihnen den Weg zur Ausbildung aufzuzeigen, insbesondere häufig unbegründete Bedenken gegen die Durchführung einer Ausbildung im eigenen Betrieb zu nehmen. Hierbei kommt insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kammern vor Ort durch Informations- und Motivationsarbeit in diesen Unternehmen eine besondere Funktion zu.

III. Spezifischer Qualifikationsbedarf der Zielgruppe

1. Probleme bei der Suche nach einer beruflichen Ausbildung oder einem Arbeitsplatz

Nach den Ergebnissen der bisher betrachteten Analysen und Untersuchungen sind bei der Entscheidung für oder gegen die Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz folgende Effekte feststellbar:

- Hinsichtlich der **individuellen Qualifikation** der Jugendlichen zeigt sich, dass erwartungsgemäß der ***Schulabschluss*** einen sehr großen Einfluss hat: Liegt bei Verlassen der allgemeinbildenden Schule ein mittlerer Abschluss vor, so ist das Interesse an der Aufnahme einer betrieblichen Lehre deutlich geringer, als wenn maximal ein Hauptschulabschluss erreicht wurde. Noch erheblich schwächer ist die Neigung zu einer betrieblichen Ausbildung bei einem höheren Schulabschluss (Abitur, Fachhochschulreife). Eine Ausnahme bilden junge Frauen: Diese streben bei einem mittleren Abschluss ebenso stark eine betriebliche Ausbildung an wie bei einem niedrigeren Schulabschluss.

  Schlechtere Schulnoten begünstigen bei allen Jugendlichen - unabhängig von Geschlecht und Migrationsstatus - die Entscheidung zur Lehrstellensuche. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass bei weniger guten **Schulnoten** nicht studienberechtigte Jugendliche seltener zu einem weiteren Schulbesuch (z.B. höhere Handelsschule, Fachoberschule, Ausbildung in Schulberufen) und Studienberechtigte weniger zu einem Hochschulstudium tendieren als bei guten Noten, da die Erfolgsaussichten geringer eingeschätzt werden.

- Was die **soziale Herkunft** anbetrifft, so zeigt sich ein deutlicher Einfluss der ***Schulbildung der Eltern*** auf die Entscheidung ihrer Kinder, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu suchen: Verfügen Vater und Mutter maximal über einen Hauptschulabschluss, so streben die Jugendlichen insgesamt viel eher eine betriebliche Lehre an, als wenn mindestens ein Elternteil den mittleren Schulabschluss besitzt. Dieser Effekt ist auch deutlich für junge Männer sowie für Jugendliche ohne Migrationshintergrund erkennbar, nicht jedoch für junge Frauen oder Jugendliche ausländischer Herkunft. Hat dagegen mindestens ein Elternteil die Studienberechtigung, so sinkt die Neigung der Jugendlichen zu einer betrieblichen Ausbildung durchgängig sehr deutlich.

  Vom ***Berufsabschluss der Eltern*** geht folgender Einfluss aus: Hat ein Elternteil eine akademische Ausbildung, so tendieren die Jugendlichen insgesamt weniger zu einer betrieblichen Lehre, als wenn Vater und Mutter eine nichtakademische Berufsausbildung absolvierten. Für junge Männer sowie für Jugendliche deutscher Herkunft trifft dies ebenso zu, für junge Frauen oder Jugendliche mit Migrationshintergrund hingegen wiederum nicht.

  Eine Rolle spielt auch der ***berufliche Status des Vaters*****:** In Elternhäusern, in denen der Vater eine hoch qualifizierte Tätigkeit ausübt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Kinder für eine Lehrstellensuche entscheiden, durchgängig wesentlich geringer, als wenn der Vater einen mittleren beruflichen Status hat. Jugendliche mit Migrationshintergrund neigen besonders stark zu einer betrieblichen Lehre, wenn der

Vater einer niedrig qualifizierten Tätigkeit nachgeht.

- In Bezug auf die Merkmale **Geschlecht** und **Migrationsstatus** zeigen sich unter Kontrolle der jeweils übrigen Merkmale folgende Einflüsse:

  Junge Frauen - mit und ohne Migrationshintergrund - streben im Vergleich zu jungen Männern seltener eine betriebliche Ausbildung direkt im Anschluss an die allgemeinbildende Schule an. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass sie häufiger eine Ausbildung in Schulberufen beabsichtigen.

  Jugendliche mit Migrationshintergrund tendieren bei Beendigung der Schule weniger zu einer betrieblichen Ausbildung als diejenigen ohne Migrationshintergrund.

Jugendliche, die bei Verlassen der allgemeinbildenden Schule eine betriebliche Lehre anstreben, haben sich auf einem seit langem schwierigen Ausbildungsmarkt zu behaupten.[69] Dieser bietet vielen Schulabgängerinnen und -abgängern eher ungünstige Erfolgsaussichten. Um dennoch die Chance auf einen raschen Ausbildungsbeginn zu erhalten, müssen sie bei der Suche nach einer Lehrstelle vielfältige Aktivitäten entwickeln. Im Folgenden wird ein Überblick über Art und Umfang der von den Jugendlichen angewandten Suchstrategien gegeben.[70]

Weit über die Hälfte der Schulabgänger/-innen, die eine betriebliche Lehrstelle suchen, melden sich als ausbildungsuchend bei der für sie zuständigen Arbeitsagentur[71]. Deren Aufgabe ist es, ausbildungsreife Jugendliche bei der Suche zu unterstützen und sie nach Möglichkeit in eine Ausbildung zu vermitteln, die ihrer Neigung, Eignung und Leistungsfähigkeit entspricht. Bei schlechteren Schulnoten nehmen Jugendliche häufiger die Hilfe der Arbeitsagentur in Anspruch, während studienberechtigte Schulabsolventinnen und -absolventen hierauf eher verzichten. Eine geringere Tendenz zur Einschaltung der Arbeitsagentur zeigt sich auch bei Jugendlichen, deren Eltern beide über eine Berufsausbildung verfügen. Junge Frauen - mit und ohne Migrationshintergrund - schalten im Vergleich zu jungen Männern deutlich häufiger die Arbeitsagentur ein. Gleiches gilt für männliche Migranten im Vergleich zu Männern deutscher Herkunft.

Fast drei Viertel der Jugendlichen suchen auf eigene Initiative in Zeitungen, im Internet oder in anderen Medien nach Ausbildungsplatzangeboten. Bei einem mittleren und insbesondere einem höheren Schulabschluss nutzen Jugendliche diese Möglichkeit wesentlich stärker, als wenn die schulische Qualifikation niedriger ist. Junge Frauen - vor allem diejenigen deutscher Herkunft - suchen häufiger in den unterschiedlichen Medien nach einer Ausbildungsstelle als junge Männer.

---

[69] Obwohl sich vor allem in Ostdeutschland die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt inzwischen entspannt hat, deutet z.B. die hohe Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Bewerber/-innen, die im Jahr 2009 keine Ausbildungsstelle erhalten haben, sondern in Alternativen verblieben sind, auf nach wie vor bestehende relativ große Engpässe hin.

[70] Ergänzend erfolgten wiederum logistische Regressionen, bei denen als mögliche Einflussgrößen die gleichen Merkmale der Jugendlichen wie in den Analysen zuvor (vgl. vorangehenden Abschnitt) berücksichtigt wurden. Relevante Ergebnisse sind in den folgenden Text mit eingeflossen. Betrachtet werden hier ausschließlich die Suchaktivitäten bei Beendigung der allgemeinbildenden Schule, eventuelle weitere Aktivitäten zu späteren Zeitpunkten sind nicht berücksichtigt.

[71] Ggf. auch bei den Trägern der Grundsicherung, d.h. den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) bzw. den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT).

Etwa jeder achte Jugendliche gibt bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz selbst ein Stellengesuch in einer Zeitung oder im Internet auf. Vergleichsweise häufig tun dies Schulabsolventinnen und -absolventen mit maximal Hauptschulabschluss ebenso wie Jugendliche aus Elternhäusern, in denen Vater und Mutter über keinen Berufs- oder Hochschulabschluss verfügen. Auch junge Migrantinnen und Migranten setzen dieses Mittel relativ oft ein. Eigene Stellengesuche werden offensichtlich vor allem von Jugendlichen aufgegeben, die bei der Lehrstellensuche besondere Schwierigkeiten haben.

Mehr als 70% der Jugendlichen werden von ihren Eltern, von anderen Familienangehörigen, Bekannten oder Freunden dabei unterstützt, Kontakte zu Ausbildungsbetrieben herzustellen. Insbesondere Schulabgänger/-innen mit maximal Hauptschulabschluss oder schlechten Schulnoten nehmen eine solche Hilfe in Anspruch, während studienberechtigte Jugendliche hierauf eher verzichten (können). Jugendliche mit Migrationshintergrund - vor allem junge Frauen - erhalten verglichen mit Jugendlichen deutscher Herkunft deutlich seltener eine solche Unterstützung durch ihr privates Umfeld.

Über 90% der ausbildungsuchenden Schulabsolventinnen und -absolventen schicken schriftliche Bewerbungen an Betriebe. Bei niedriger schulischer Qualifikation erfolgt dies allerdings seltener als bei einem mittleren Schulabschluss. Im Durchschnitt versenden die Jugendlichen 28 Bewerbungen. Bei jungen Frauen ist die Zahl deutlich höher als bei jungen Männern. Liegt ein Migrationshintergrund vor, bewerben sich weibliche und männliche Jugendliche gleich oft. Viele Schulabgänger/-innen ziehen bei ihrer Ausbildungsstellensuche nicht nur einen, sondern mehrere Berufe in Betracht. Durchschnittlich bewerben sie sich für drei bis vier unterschiedliche Ausbildungsberufe, wobei es nur relativ geringe Abweichungen zwischen jungen Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund gibt.

Ein Viertel der ausbildungsuchenden Jugendlichen bewirbt sich auch auf Stellen in Betrieben, die mehr als 100 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt liegen. Bei jungen Frauen ist die regionale Mobilitätsbereitschaft deutlich ausgeprägter als bei jungen Männern. Mehr als vier Fünftel der Jugendlichen nehmen an Vorstellungsgesprächen teil. Bei jungen Frauen mit Migrationshintergrund ist dieser Anteil allerdings geringer als bei den übrigen Jugendlichen. Durchschnittlich stellen sich die Jugendlichen fünf- bis sechsmal in Betrieben vor, junge Frauen insgesamt etwas häufiger als junge Männer.[72]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bemühungen der Schulabsolventinnen und -absolventen um eine betriebliche Ausbildungsstelle sehr groß sind.[73] Junge Frauen sind dabei noch aktiver und flexibler als junge Männer, und Jugendliche mit Migrationshintergrund engagieren sich vielfach besonders stark. Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss greifen oft auf Unterstützungsleistungen ihrer Familie bzw. Freunde zurück, dagegen suchen sie seltener selbst aktiv in den Medien nach einer Lehrstelle und bewerben sich weniger häufig schriftlich als Jugendliche mit besseren schulischen Voraussetzungen.

---

[72] Hierbei ist zu beachten, dass die Mobilitätsbereitschaft in Ostdeutschland vor allem aufgrund der erheblich größeren Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt im betrachteten Zeitraum wesentlich stärker war als in Westdeutschland. Da Jugendliche mit Migrationshintergrund größtenteils im Westen leben, sollte sich ein Vergleich mit Jugendlichen ohne Migrationshintergrund eher nur hierauf beziehen: Im Westen bewarben sich 20,9% der Migrantinnen und 19,2% der Frauen deutscher Herkunft überregional, sowie 15,8% der Migranten und 10,9% der Männer deutscher Herkunft.

[73] In Ostdeutschland waren die Bemühungen der Schulabgängerinnen und -abgänger um einen betrieblichen Ausbildungsplatz besonders groß, was wiederum mit der sehr schwierigen Lage auf dem dortigen Ausbildungsmarkt im Untersuchungszeitraum zusammengehangen haben dürfte.

„Nach den Analyseergebnissen sind folgende Einflüsse auf den Einmündungserfolg in Berufsausbildung zu verzeichnen:

- Was die **individuelle Qualifikation** anbetrifft, haben Schulabgänger/-innen mit einem mittleren ***Schulabschluss*** im Vergleich zu Jugendlichen, die maximal einen Hauptschulabschluss erreichten, deutlich bessere Chancen, rasch in eine betriebliche oder generell in eine vollqualifizierende Berufsausbildung einzumünden; dies gilt für junge Frauen ebenso wie für junge Männer. Die (Fach-)Hochschulreife erweist sich dagegen nicht unbedingt als förderlich für den Einmündungserfolg.

  Durchgängig zeigt sich, dass schlechtere ***Schulnoten*** die Chancen auf einen raschen Übergang in betriebliche bzw. vollqualifizierende Ausbildung merklich vermindern.

- Im Hinblick auf die **soziale Herkunft** der Jugendlichen ist Folgendes hervorzuheben: Im Vergleich zu Elternhäusern, in denen sowohl der Vater als auch die Mutter einen ***Berufsabschluss*** besitzen, wirkt es sich auf die Einmündungschancen in die Berufsausbildung durchgängig negativ aus, wenn kein oder lediglich ein Elternteil eine Berufsausbildung absolviert hat:. Dieser Effekt ist allerdings bei jungen Frauen in Bezug auf die betriebliche Ausbildung nicht signifikant.

  Keine nennenswerten Einflüsse auf den Übergangserfolg in die Berufsausbildung gehen hingegen von dem ***Schulabschluss*** der Eltern und dem ***beruflichen Status des Vaters*** aus.

  Ein offenes, problemorientiertes ***Gesprächsklima*** in der Familie beeinflusst die Einmündungschancen der Jugendlichen in betriebliche bzw. alle Formen von Berufsausbildung insgesamt positiv.

- Hinsichtlich der Merkmale **Geschlecht** und **Migrationsstatus** sind folgende Effekte erkennbar:

  Junge Frauen haben im Vergleich zu jungen Männern beim Übergang in *betriebliche* Ausbildung erheblich schlechtere Chancen, die *nicht* durch die übrigen Einflussgrößen zu erklären sind. Auch bei Einbeziehung *aller* Ausbildungsformen bleiben ihre Erfolgsaussichten geringer.

  Jugendliche mit Migrationshintergrund weisen selbst unter Kontrolle der übrigen Merkmale wesentlich ungünstigere Chancen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund auf, in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung einzumünden. Dies gilt eindeutig für männliche Migranten, ist für junge Migrantinnen aber in Bezug auf die betriebliche Ausbildung nicht signifikant.“

2. „Sonderfall Stuttgart“ - Kurzgefasst

Die Region Stuttgart, in der IEIE e.V. tätig ist, unterscheidet sich in einigen relevanten Punkten von anderen Regionen in Deutschland. Im Folgenden eine kurze Übersicht, verbunden mit einer Analyse, wie sich die Stuttgart-spezifischen Daten auf Jugendliche mit Migrationshintergrund auswirken.

Stuttgart ist die am meisten durch Migration geprägte Großstadt Deutschlands. Über 40 Prozent[74] aller Einwohnerinnen und Einwohner haben Migrationshintergrund. Bei Kinder und Jugendlichen liegt der Anteil bei über 70 Prozent[75]. Die Zuwanderer stammen hauptsächlich aus der Türkei, den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, aus dem Mittelmeerraum sowie aus Osteuropa und Russland.

Ziel der kommunalen Bildungspolitik in Stuttgart ist es, dass jeder Stuttgarter seine Chancen in Bildung und Beruf, Wohnen und Freizeit, aber auch in Fragen der kommunalpolitischen Mitsprache nutzen kann, sich hier wohl fühlt, seine individuellen Fähigkeiten und Potenziale ausschöpft und so seine ganze Persönlichkeit für die Belange der Allgemeinheit einsetzt. Konkret umgesetzt wird dies durch:

- Förderung der deutschen Sprache bereits im Kindergarten
- Integrationskurse für Erwachsene
- Förderung des interkulturellen Dialogs in den Stadtbezirken
- politische Partizipation von Migranten im Internationalen Ausschuss des Gemeinderats, in den Bezirksbeiräten und in den Fachbeiräten

Die soziale und ökonomische Situation Stuttgarts ist positiv. Stuttgart gehört zu den reichsten Städten Deutschland. Integrationspolitik und eine offene, interkulturelle Bürgergesellschaft sind Kennzeichen von Stuttgart. Die Stadt wurde dafür mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Preis der Bertelsmann-Stiftung sowie dem UNESCO-Kulturpreis.

Aktuell leben in Stuttgart rund 590.000 Menschen, im Großraum Stuttgart 3,2 Millionen. Die Region ist die exportstärkste Region Europas. In Stuttgart haben Unternehmen wie Mercedes, Daimler-Chrysler / Daimler-Benz, Porsche, Kodak, Hewlett-Packard, IBM, Bosch, Sony Development Europe, ENBW, Fraunhofer Institute und Mittelständler wie Herma-Etiketten, Leitz, Mahle, Hugo Boss, Klett-Cotta, Cornelsen, Readers Digest, WMF etc. ihren Sitz. Die Arbeitslosigkeit liegt – jahreszeitlich schwankend – zwischen 3,2 und 4,4 Prozent, bei schlechter Lage bei 5,7 Prozent. Stand 1. Quartal 2008 wurde eine Quote von 4,0 gemeldet.[76] Seit 1. Januar 2011 herrscht in Stuttgart Vollbeschäftigung.

---

[74] Quelle: Stadt Stuttgart: Statistik und Informationsmanagement, Monatshefte, 67. Jahrgang, Heft 3/2008, S. 60ff.

[75] Landeshaupstadt Stuttgart / Gari Pavkovic (Integrationsbeauftragter) (Hrsg.): Integrationsbericht der Landeshauptstadt Stuttgart 2007, Stuttgart 2008.

[76] Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Referat Wirtschaftsförderung und Entwicklung, Datenblätter Statistik, 12/2007 und 1/2008, Stuttgart 2008.

Personen mit Migrationshintergrund sind in Stuttgart von Arbeitslosigkeit jedoch – ähnlich wie auf Bundesebene - doppelt so häufig betroffen wie Personen ohne Migrationshintergrund. Allerdings ist die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit bei Personen mit Migrationshintergrund kürzer, da diese häufig auf familiäre Strukturen und ethnische Netzwerke zurückgreifen können, die einen schnellen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Die Stadt bietet umfangreiche Dienstleistungen für Migranten an. Im Jahreshaushalt 2007/2008 von rund 5,7 Milliarden Euro (Haushalt 2008/9) sind 87 Millionen Euro ressort- und amtsübergreifend für Integrationsaufgaben verfügbar.[77] Das Amt der Integrationsbeauftragten und die Bürgerservicebüro bieten Integrations- und Sprachkurse, Mama lernt Deutsch-Kurse, Mediation und Streitschlichtung, Qualifizierungsmaßnahmen, Ehrenamtskurse, Förderkurse für bürgerschaftliches Engagement, Vereinsarbeit, Sportförderung etc. an. Im Gemeinderat sind Personen mit Migrationshintergrund durch den Integrationsausschuss vertreten.

Grundlage der Integrationspolitik ist das Stuttgarter Integrationskonzept. In diesem Konzept sind „RundeTische“ und Ausschüsse integriert, darunter inter-religiöse und inter-kulturelle Ausschüsse, die in städtische Entscheidungsprozesse mit eingebunden sind. Die Integrationspolitik ist Teil des Konzeptes „Eine Welt“, mit der sich Stuttgart in globalem Kontext positioniert und als Stadt aktive Entwicklungszusammenarbeit betreibt, in die die internationale Bürgerschaft Stuttgarts eng eingebunden ist.

Stuttgart unterscheidet sich von anderen deutschen und europäischen Städten mit hohem Migrationsanteil. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Zuwandererfamilien ist besser als anderswo, wenngleich auch in Stuttgart in Bezug auf demographische Entwicklung, Arbeitslosigkeit etc. dieselben Probleme zu Tage treten wie in anderen Regionen.

Die Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart zählt – unabhängig von Migrationshintergrund – zu den besten in Deutschland. 85 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner leben gerne in Stuttgart. 72 Prozent der Zuwanderer bezeichnen Stuttgart als ihre „Heimat“. Stuttgart zählt dabei zu den sichersten Städten Deutschlands mit der niedrigsten Zahl an Gewalt- und Straftaten und der niedrigsten Zahl ethnisch bedingter Konflikte. Als Grund wird häufig die wirtschaftliche gute Lage genannt, die den Menschen ein gutes Ein- und Auskommen ermöglicht.[78]

Viele Unternehmen in Stuttgart werden von Migranten gegründet. Diese beschäftigen wiederum Einheimische wie Personen mit Migrationshintergrund. Die Neugründungen umfassen nicht nur niederschwellige Dienstleistungen wie Internetcafés oder Callshops, sondern Anwaltskanzleien, mittelständische Firmen, Zulieferbetriebe im Hightech-Bereich, Arztpraxen, Forschungszentren und Kultureinrichtungen. 2007 wurden zwei Drittel aller neuen Dienstleistungsgeschäfte von Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit Migrationshintergrund gegründet.

---

[77] Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Gemeinderatsdrucksache 12F2007/18/4-C, Sitzung des Haushaltsausschusses vom 12. November 2007, Archiv der Stadt Stuttgart, Elektronische Amts- und Drucksachendatenbank, Anfrage vom 19.2.2008.

[78] Verweis: Erhebung zur Lebenszufriedenheit in deutschen Großstädten, EMNID-Institut im Auftrag der Zeitschrift „Stern“, Januar 2008.

Zwar liegt in Stuttgart die Arbeitslosigkeit bei Ausländern deutlich unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern beträgt im Agenturbezirk Stuttgart rund 18 Prozent und liegt damit einerseits deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 25 Prozent, ist aber immer noch mehr als doppelt so hoch wie die Arbeitslosigkeit unter deutschen Erwerbspersonen mit rund 7 Prozent. Weniger die Höhe der Arbeitslosigkeit als vielmehr die Entwicklung ist für Stuttgart beunruhigend. Ausländer sind doppelt so oft von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche. Die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit ist deutlich höher. Auch in Stuttgart sind Ausländer seltener sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Sie weisen eine ungünstigere Branchenstruktur auf und verfügen über geringere Einkommen.

Im Jahr 2001 wurde ein gesamtstädtisches Integrationskonzept, das Stuttgarter Bündnis für Integration, aufgestellt und vom Gemeinderat verabschiedet. Integrationsarbeit versteht sich als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung und als Gemeinschaftsaufgabe der Bürgergesellschaft. Migration wird im globalen Zusammenhang gesehen. So hat die Stadt 2005 die „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ ins Leben gerufen, die unter anderem Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit besser vernetzen will. Das Stuttgarter Bündnis für Integration umreißt Ziele und Umsetzungsstrategien für zwölf kommunalpolitische Handlungsfelder.

Von den rund 22.000 in Stuttgart lebenden Migrantinnen und Migranten mit türkischer Staatsangehörigkeit und rund 7.000 weiteren Personen mit türkischem Hintergrund, aber einer anderen (in der Regel der deutschen) Staatsbürgerschaft, sind 14.800 älter als 40 Jahre. Davon sind rund 8.200 Frauen und 6.600 Männer. Von diesen 14.800 Personen sind wiederum 4.285 im Ruhestand, 810 als arbeitslos gemeldet, 2.107 Frauen als Hausfrauen statistisch interpretiert, alle übrigen sind in Vollzeit beschäftigt.

Rund 65 Prozent der türkisch stämmigen Stuttgarterinnen und Stuttgarter leben seit 20 Jahren und mehr in Stuttgart, 25 Prozent seit 9 bis 19 Jahren, 7 Prozent zwischen 5 und 8 Jahren und die restlichen zwischen einem und vier Jahren.

Insgesamt sind von den in Stuttgart lebenen türkisch-stämmigen Zuwanderern 6,1 Prozent noch SchülerInnen, 5,1 Prozent Schulabrecher, haben jeweils 23 Prozent einen Hauptschulabschluss, 10 Prozent die Mittlere Reife, 2 Prozent die Fachhochschulreife und 5 Prozent Abitur in Stuttgart erworben, die übrigen haben Schulabschlüsse aus dem Ausland, in der Regel aus der Türkei. Bei den Personen mit türkischen Schulabschlüssen haben 24 Prozent einen türkischen Pflichtschulabschluss, 7 Prozent keinen Schulabschluss, 4 Prozent waren an einer weiterführenden Schule und 9,4 Prozent haben keine Schule besucht.[79]

Von den 14.800 Personen türkischer Herkunft, die älter als 40 Jahre sind, wurden von der Stabsabteilung für Integration rund 3.000 bis 4.000 als „eher bildungsfern“ beschrieben. Bei dieser Zielgruppe handelt es sich in der Regel um Zuwanderer aus dem Osten der Türkei und aus kurdischen Gebieten. Bei dieser Zielgruppe der „eher bildungsfernen“ sind 80 Prozent Frauen.

[79] Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens in Deutschland, Erste Ergebnisse einer Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM), Working Paper der Forschungsgruppe des Bundesamtes mit Auswertungen nach Großstädten, Nürnberg 2008.

IV. Politisches Umfeld und Netzwerke zur Förderung von Integration

1. Integrationspolitik – Zusammenfassung

Seit 1. Januar 2005 gilt – siehe Abschnitt I – in Deutschland ein einheitliches Zuwanderungs- und Aufenthaltsgesetz. Für die Integration von Neuzuwanderern sowie für Maßnahmen der nachholenden Integration von bereits seit längerem in Deutschland lebenden Einwanderern gelten verpflichtende Integrationskurse.

„Der Integrationskurs ist eine Maßnahme zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse für Ausländer in Deutschland. Die Durchführung bestimmt sich nach der Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung – IntV).

Teilnehmer können nach § 44a Abs. 1 Nr. 2 des Aufenthaltsgesetzes] zu diesem 645-stündigen Deutschkurs verpflichtet werden. Dies ist regelmäßig immer dann der Fall, wenn man nicht einer (un-)selbstständigen Arbeit nachgeht oder eine Bildungseinrichtung besucht und innerhalb von zwei Monaten nach dem Zuzug einen Sprachtest nicht besteht.

Seit 1. Januar 2006 werden die Integrationskurse evaluiert, um festzustellen, ob die beabsichtigten Ergebnisse erreicht werden und ob die Organisation der Integrationskurse funktionstüchtig ist. Die Statistik des Bundesamtes für Migration weist bundesweit eine Erfolgsquote von ca. 42 Prozent aus: Von 100 angemeldeten Teilnehmern an Integrationskursen absolvieren 42 erfolgreich das *Zertifikat Deutsch*, das laut Goethe-Institut Grundkenntnisse in der deutschen Umgangssprache nachweist und als Mindest-voraussetzung für eine Berufstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist.

Besondere Aufmerksamkeit verdient hierbei die Organisation der Kurse an sich: die sogenannten Kursträger, also Sprachschulen und andere Bildungseinrichtungen, die vom BAMF zugelassen werden müssen, sehen sich großer finanzieller Belastung ausgesetzt, um die Kurse anbieten zu können; um wirtschaftlich arbeiten zu können, müssen etwa 20 Teilnehmer eingeschrieben sein (Höchstteilnehmerzahl: 20). Dies führt oft zu geringen Honoraren für die Deutschlehrer.“ [80]

Integrationskurse in Deutschland umfassen 900 Stunden Unterricht, davon 600 Stunden Sprachunterricht und 300 Stunden Unterricht zur Landeskunde. Wer den Kurs mehrfach nicht besucht oder mehrfach nicht besteht kann seinen Aufenthaltsstatus in Deutschland verlieren und zur Ausreise aufgefordert werden.

Die Kurse werden in der Regel von Kommunen, also Städten und Gemeinden, dezentral verwaltet und von Kursträgern durchgeführt. Die zentrale Steuerung zur Belegung von Kursen, zur Abrechnung, zur Qualitätskontrolle sowie zur Ausbildung von Lehrkräften obliegt dem Bundesamt für Migration, Integration und Flüchtlinge in Nürnberg, kurz BAMF.

Zentrales Element in der Integrationspolitik ist der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung. Zuständig für dessen Umsetzung ist die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung im Amt der Bundeskanzlerin, Prof. Dr. Maria Böhmer (Staatsministerin). In

[80] Quelle: Wikipedia, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Integrationskurs, Abruf vom 14.3.2011

ihrem 2010 vorgelegten Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland heißt es:[81]

„Zu Beginn der 16. Legislaturperiode hatte die Bundesregierung die Integration von Migrantinnen und Migranten zu einer gesellschaftspolitischen Schlüsselaufgabe gemacht.[82] Die Beauftragte war dem Bundeskanzleramt zugeordnet und von der Bundeskanzlerin gebeten worden, wichtige integrationspolitische Vorhaben der Bundesregierung zu koordinieren. Die neue Integrationspolitik war gezielt als eine Querschnittsaufgabe angelegt worden, die alle Politikfelder umfasst und das ganze Spektrum der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure einbindet. Von zentraler Bedeutung ist der im Juli 2007 vorgelegte Nationale Integrationsplan, zu dessen Umsetzung im Oktober 2008 ein Erster Fortschrittsbericht vorgelegt wurde. Der Koalitionsvertrag vom 26.11.2009 setzt diese Entwicklung fort. Die Beauftragte begrüßt, dass ein Koalitionsvertrag zum ersten Mal in einem eigenen Kapitel „Integration und Zuwanderung“ integrationspolitischen Fragen ein besonderes Gewicht verleiht. Auch dies verdeutlicht den gewachsenen Stellenwert des Themas.

Die Beauftragte begrüßt die integrationspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung für die 17. Legislaturperiode, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Darin hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, Migrantinnen und Migranten Chancen zu eröffnen, ihre gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe zu verbessern und zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Sie hält hierfür ist sowohl die Aufnahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft als auch die Integrationsbereitschaft der Zugewanderten für erforderlich.[83]

Integration muss gefördert, aber auch gefordert werden. Aus Sicht der Beauftragten kommt es dabei darauf an, Integrationsanstrengungen verbindlicher zu machen – für neu Zuwandernde wie für schon länger in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie für staatliches Handeln auf allen Ebenen. Integrationspolitik braucht hierfür Zielvorgaben und muss überprüfbar sein. Erfolge wie weiter bestehende Herausforderungen müssen transparenter werden.

Um diese Ziele zu erreichen, kommt es aus Sicht der Beauftragten darauf an, die entstandenen Strukturen und Prozesse zu verstetigen bzw. weiter zu entwickeln.

Bereits ein Jahr nach Vorstellung des Nationalen Integrationsplans wurde zum 3. Integrationsgipfel am 6.11.2008 ein Erster Fortschrittsbericht vorgelegt.[84] In ihm wurde der Umsetzungsstand der rund 400 im Nationalen Integrationsplan abgegebenen Selbstverpflichtungen bilanziert. Im Mittelpunkt standen dabei die Berichte der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure zur Umsetzung der von ihnen eingegangenen Selbstverpflichtungen. Die Berichte zeigen, dass bereits zum Zeitpunkt dieser ersten Zwischenbilanz ein großer Teil der Selbstverpflichtungen mit Erfolg umgesetzt oder auf den Weg gebracht worden war.

---

[81] Quelle: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2010, S. 25ff.

[82] Ebda: Vgl. 7. Lagebericht Kapitel I.1, S. 15 ff.

[83] Eda: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, 2009, S. 66.

[84] Nationaler Integrationsplan: Erster Fortschrittsbericht, Berlin 2008.

Sowohl der Bund als auch die Länder setzen in ihren Berichten thematische Schwerpunkte. So legt der Bund mit drei vertieften Bilanzierungen einen Schwerpunkt auf die Handlungsfelder Integration vor Ort, Arbeitsmarkt und Ausbildung sowie Medien.

Die Länder stellten in ihrem Bericht vertiefende Umsetzungsberichte zur frühkindlichen Förderung in Kindertageseinrichtungen sowie zur Integration in das Erwerbsleben vor. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände berichtete von zahlreichen Initiativen, mit denen sie die Integrationsprozesse und -maßnahmen in den Kommunen befördert und verstärkt. Mit über 60 Selbstverpflichtungen trugen die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbände in hohem Maße zum Nationalen Integrationsplan bei und bilanzierten gemeinsam den Umsetzungsstand zu allen im Integrationsplan vertretenen Themenfeldern.

Ebenso legten die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die beiden Sport-Dachverbände Deutscher Olympischer Sportbund und Deutscher Fußballbund für ihre jeweiligen Themenfelder Berichte zum Umsetzungsstand ihrer Selbstverpflichtungen vor. Besonders hervorzuheben ist der erstmals als gemeinsame Stellungnahme verfasste Beitrag der Migrantenorganisationen, die an der Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans beteiligt waren. Sie betonten die besondere Bedeutung des Nationalen Integrationsplans als gesellschaftspolitischen Prozess und würdigten ihn als positives Signal, mit dem Integration als Querschnittsthema verankert und insbesondere die aktive Beteiligung und Mitgestaltung der Migrantenorganisationen ermöglicht wurde.

Mit dem Nationalen Integrationsplan wurde nicht nur eine Vielzahl von Maßnahmen zur Integration auf den Weg gebracht oder fortgeschrieben.[85] Seine Wirkung geht über die Summe der Einzelmaßnahmen weit hinaus. Im Bund, in den Ländern und in den Kommunen, aber auch bei nichtstaatlichen Akteuren wurde dem Thema Integration eine hohe Priorität eingeräumt. Vielfach verschaffte der Nationale Integrationsplan den nötigen Rückenwind für integrationspolitische Maßnahmen und Programme und gab den Anstoß für Schritte zur interkulturellen Öffnung von Organisationen und Institutionen.

Integrationspolitik ist auf allen Ebenen und in der Breite der gesellschaftspolitischen Handlungsfelder zu einem Querschnittsthema geworden.

Insbesondere die allgemeinen Förderprogramme in der Familien-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik wurden verstärkt auf Migrantinnen und Migranten zugeschnitten und interkulturell ausgerichtet. Die partnerschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit der staatlichen und der nichtstaatlichen Akteure bei der Erstellung des Integrationsplans hat sich in vielfältigen Kooperationen und gemeinsamen Programmen fortgesetzt und verstetigt.

Als gemeinsame Plattform für die Integrationspolitik in Deutschland, die die Aktivitäten von Bund, Ländern, Kommunen und nichtstaatlichen Akteuren, einschließlich Migrantenorganisationen, bündelt, wirkte der Nationale Integrationsplan in Pläne und Konzepte klassischer gesellschaftspolitischer Handlungsfelder hinein und wurde zum

[85] Eine tabellarische Aufbereitung des Umsetzungstandes der einzelnen Selbstverpflichtungen zum Nationalen Integrationsplan findet sich auf der Homepage der Beauftragten: www.integrationsbeauftragte.de.

Richtungsgeber für integrationspolitische Programme auf allen föderalen Ebenen. Zielsetzungen aus dem Integrationsplan flossen im Berichtszeitraum beispielsweise in die Qualifizierungsinitiative Deutschlands oder die Vorarbeiten zu einer nationalen Engagementstrategie ein.

Auch die Arbeiten am bundesweiten Integrationsprogramm, mit dessen Erarbeitung das Bundesministerium des Innern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beauftragt hatte, haben sich im Berichtszeitraum verstärkt am Nationalen Integrationsplan orientiert.

Mit der Veröffentlichung des Nationalen Integrationsplans 2007 war es erforderlich geworden, den Nationalen Integrationsplan und das bundesweite Integrationsprogramm eng zu verzahnen.

In der Erklärung der Bundesregierung zum Nationalen Integrationsplan im Juni 2007 war festgelegt worden, dass mit der Entwicklung des Integrationsprogramms die Vorgaben des Integrationsplans umgesetzt werden. Der Nationale Integrationsplan formuliert auf politischer Ebene Leitlinien und -themen. Sie wurden in der Folge im bundesweiten Integrationsprogramm aufgegriffen. Gemäß § 45 AufenthG werden mit dem bundesweiten Integrationsprogramm praktische Empfehlungen erarbeitet. Dieses setzen die Vorgaben des Nationalen Integrationsplans um. Ein erster Entwurf für ein Integrationsprogramm wurde vom BAMF Mitte 2009 vorgelegt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes befindet sich der Entwurf zum Integrationsprogramm noch in der Abstimmung. Die Beauftragte begrüßt, dass mit dem vorgelegten Entwurf in vielen Bereichen eine Operationalisierung der Empfehlungen aus dem Nationalen Integrationsplan in Angriff genommen wurde.“

2. Problemfelder bei der Integration von Migranten in Deutschland

Zur Zusammenfassung der Hauptproblemfelder, auf die Migranten in Deutschland bei der Integration treffen, sei auf die Arbeit von Lusjena Ruder verwiesen[86]:

- Mangelhafte Sprachkenntnisse

Fehlende oder schlechte Sprachkenntnisse werden für die meisten Probleme verantwortlich gemacht, mit denen Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland zu kämpfen haben. Seien es schwere Hürden im Schul- oder Ausbildungsbereich, Konflikte mit Einheimischen oder Schwierigkeiten bei der Freizeitgestaltung; überall spielt es eine große Rolle, in der deutschen Sprache firm zu sein.

Die Sprachdefizite lassen somit eine Problemspirale bei der Integration entstehen: durch die geringeren Deutschkenntnisse wird weniger Deutsch in der Familie gesprochen, hierdurch tendieren Migranten dazu, sich wegen ihrer mangelnden Sprachkenntnissen immer mehr zurückzuziehen, somit haben sie schlechte Chancen ihre Sprachkenntnisse im Alltag auszubauen. Hierdurch erfährt nun der Integrationsprozess, bezogen auf die Arbeitsmarkteingliederung, eine deutliche Verzögerung, da eine ausreichende Kommunikationsfähigkeit selbst bei der Einstellung für ungelernte Tätigkeiten eine große Rolle spielt. Eine zwangsläufige Arbeitslosigkeit hat wiederum höhere Ausgaben im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes zur Folge. Und zusätzlich werden soziale Kontakte zur einheimischen Bevölkerung verhindert, da wegen der mangelnden Deutschkenntnisse Russlanddeutschen sich scheuen die auf ihre neuen Nachbarn zu zugehen. [87]

- Orientierungslosigkeit

Die Migrantenjugendlichen sind in einem völlig anderen Gesellschaftssystem aufgewachsen und sind andere Handlungsweisen gewöhnt sowohl bei sich selbst als auch in ihrem Umfeld. In ihrem Herkunftsland war ihnen alles bekannt und verständlich, bei Schwierigkeiten und Informationsdefiziten standen ihnen die Eltern oder andere Erwachsene zur Seite. In Deutschland dagegen bitten ihnen die nahstehenden Erwachsenen keine Stütze, da sie sich selbst noch in einer Orientierungsphase befinden und viele Dinge nicht kennen bzw. sie nicht erklären können. So liegt die Ursache dafür, dass die Jugendlichen oft nicht wissen, was sie hier in Deutschland anfangen und wie sie sich verhalten sollen, z.B. welche Ausbildung oder welche Freizeitaktivität ihrer Person entspricht, in einer umfassenden Orientierungslosigkeit.

Auf die Frage „Was hat dir nach der Einreise in die Bundesrepublik am meisten Sorgen gemacht?“ kamen Antworten wie: *„Ich wusste überhaupt nicht, was ich jetzt machen soll, hatte keine Ahnung, wie es weiter geht“* oder *„ Mir machte die Ungewissheit große Angst, ich wusste doch nicht wohin ich gehen soll, was ich machen soll, wen ich fragen soll und überhaupt...“* Diese Jugendlichen haben häufig keinen Halt in der neuen Umgebung und kennen nicht den Weg zu möglichen Beratungsangeboten.

Eine eigenständige Planung ihrer Ausbildung überfordert viele Jugendliche. Im gegenwärtigen bundesdeutschen Bildungswesen bedürfen alle Jugendliche der Beratung

---

[86] Lusjena Ruder: Problemfelder von Migrantenjugendlichen in Deutschland, Köln 2009.

[87] Vgl. : Greiner, J., Berlin 2002, S. 58

und Orientierung und die Jugendlichen haben, wie bereits erwähnt, zusätzliche Probleme, sich in der Vielfalt der Ausbildungs- und Berufswege zurechtzufinden. Verständlicherweise kennen sie viele Berufsbilder nicht. An die ihnen neue Tatsache, dass sie individuell ihren Bildungs- und Lebensweg bestimmen sollen, was Vorausschau und Initiative erfordert, müssen sie sich erst gewöhnen und bedürfen auch hier einer Orientierungshilfe.

- Enklavenbildung

Einige Zuwanderungsgruppen, darunter Aussiedler und Migranten aus der Türkei, richteten immer schon ihren Wohnwunsch nicht nach Arbeits- oder Wohnungsvakanzstrukturen aus, sondern fast ausschließlich nach den Aufenthaltsorten von Angehörigen oder anderen engen Kontaktpersonen.[88] So versuchen auch hier alle Neuankömmlinge sich in der Nähe von anderen Landsleuten niederzulassen.

Zu all den genannten ungünstigen Voraussetzungen kommt häufig eine räumliche Trennung von der ansässigen Bevölkerung hinzu. Die Übergangswohnheime befinden sich vorwiegend am Stadtrand oder in abgelegenen Gegenden, deren Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zu wünschen übrig lässt; dies leistet unweigerlich einer Isolation oder Ausgrenzung Vorschub.

- Medieneinfluss aus den Herkunftsländern

Oft wird übersehen wie stark der Einfluss von Medien aus den Herkunftsländern ist. Fast jede russlanddeutsche Familie kommt zum Beispiel mit russischsprachigen Medien in Kontakt. Bei türkischen Familien dagegen sind 50 Prozent der genutzten Medien deutschsprachige Medien.

Deutschland verfügt über einen breiten ethnischen Medienmarkt. In Deutschland erscheinen Tageszeitungen für den deutschen Markt in türkischer, italienischer, griechischer, polnischer, russischer, englischer und kroatischer Sprache. Auch Radiosender bieten in Deutschland Vollprogramme in türkischer und russischer Sprache an.

Der Wunsch am neuen Wohnort politisch und gesellschaftlich aktiv zu bleiben sowie eine fehlende soziale und berufliche Eingliederung haben dazu geführt, dass zum Beispiel bereits über zwei Dutzend russischsprachige Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben werden. Im Unterschied zur Monatszeitschrift der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit dem Titel „Volk auf dem Weg“, die sich auf Vorgänge in Deutschland bezieht, nimmt bei den anderen Blättern die Berichterstattung über die Entwicklung in den Herkunftsländern weit mehr Platz ein[89].

- Gewalterfahrung

Einige Zuwanderergruppen kennzeichnet eine höhere Gewaltbereitschaft. Dies gilt allerdings nicht für alle Gruppen. Die Zusammenhänge sind komplex und dürfen nicht mit Schuldzuschreibungen verbunden werden. Laut der Aussagen von Mitarbeitern in Freizeiteinrichtungen, Lehrern und gelegentlich Polizisten fallen viele Jugendliche, zum

---

[88] Vgl. : Sell-Greiser, C.: Aus- und Übersiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Münster, Hamburg 1993, S. 94

[89] Vgl. : Eisfeld, A.: Die Russlanddeutschen. Universität Mainz 1999, S. 193

größten Teil männliche, in Konfliktsituationen durch ihr ungewöhnlich aggressives und brutales Verhalten auf.[90] Eine mögliche Ursache dafür, dass für diese Jugendlichen Brutalität und Schlägereien zum Alltag gehören, kann ihre frühere Erfahrung mit Gewalt als selbstverständlicher Umgangsform sein.

Viele russlanddeutsche Jugendliche wurden in ihren Herkunftsländern mit Gewalt konfrontiert. In Kasachstan und in vielen mittelasiatischen Staaten waren sie zeugen gewaltsam ausgetragener ethnischer Konflikte. Die Gewaltkriminalität hat in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion allgemein zugenommen. Selbst im privaten Umfeld, in den Familien, den Schulen und der Nachbarschaft sind die gewalttätigen Auseinandersetzungen gestiegen.[91] Jugendliche erleben alltäglich das „Recht des Stärkeren“ und körperliches Durchsetzungsvermögen als normale Parameter.

Für die männliche Jugend kommt der zweijährige Militärdienst, der eine prägende Rolle in ihrer Sozialisation spielt, belastend hinzu. Die körperlichen und seelischen Misshandlungen sowie die Brutalität im Umgang mit den noch jungen Wehrpflichtigen, die teilweise zu dauerhaften körperlichen Spätfolgen oder sogar zu Todesfällen und Suiziden führen, sind über die Grenzen des Landes hinaus bekannt. Um sich auf die bevorstehenden Übergriffe vorzubereiten versuchen viele männliche Jugendliche noch vor dem Eintreten in den Dienst sich durch körperliches Training abzuhärten. Dies wird nicht nur von allen Erwachsenen akzeptiert, sondern durchaus unterstützt und dringend empfohlen, um die Hackordnung in der Armee überstehen zu können.

Viele Gewalterfahrungen, die zum Beispiel die russlanddeutschen Jugendlichen mitbringen sind mit dem zunehmenden Alkoholismus verbunden. Die Bedeutung des Alkoholkonsums darf man nicht unterschätzen, denn in vielen Gesellschaftskreisen des Herkunftslandes wird die Stärke eines Mannes daran gemessen, wie viel Alkohol er vertragen kann. Der Konsum, insbesondere der hochprozentigen Getränken, hat eine lange Tradition. Viele Jugendliche haben schon vor der Aussiedlung Erfahrungen mit Alkohol gemacht; nach der Ausreise wird das trinken intensiviert, was zu Schlägereien und anderen Gewaltanwendungen in alkoholisiertem Zustand führt.

Konfliktlösung durch Gewalt wurden in einer Untersuchung von den meisten männlichen Jugendlichen akzeptiert, so befürworten 42,7% der befragten jungen Männer eine tätliche Auseinandersetzung. Wobei 34,9% der Jugendlichen bereits eine gegen sie gerichtete verbale Attacke schon als Rechtfertigung für eine handgreifliche Auseinandersetzung empfinden.[92] Wenn sie verbal provoziert werden und ihre Ehre verletzt wird, ist dies für sie zwingender Anlass eine Schlägerei anzufangen, andere Konfliktlösungen gelten nicht als männlich.

- **Zugehörigkeitsprobleme**

Auf Grund der Diskrepanz zwischen dem ethnischen Selbstverständnis von Zugehörigkeit und der von beiden Seiten gesehenen kulturellen Differenz entsteht bei den Jugendlichen ein Identitätskonflikt. Dieser wird erst in Deutschland sichtbar, da im Herkunftsland die ethnische Selbstdefinition als Deutsche mit ihrer kulturellen Lebensweise noch identisch war. Auch wenn ihre ethnische Zugehörigkeit keine große Rolle gespielt hat, müssen die

---

[90] Vgl. : Schäfer, H., München 2002, S. 34
[91] Vgl. : Dietz, B./ Roll, H., 1998, S. 112-113
[92] Vgl. : Dietz / Roll, 1998, S. 124 – 125

Aussiedlerjugendlichen sich jetzt im Integrationsprozess mit ihr auseinandersetzen. Sie müssen sich entscheiden, ob sie zum Beispiel deutsch, russisch, türkisch oder von allem etwas sind. Aber genau diese Entscheidung lässt sich nicht eindeutig treffen, denn viele Jugendlichen wissen nicht wohin sie gehören. Sich hier zu positionieren fällt schwer, da ihr Umfeld, bestehend aus Eltern, Lehrpersonal, Behördenvertretern, einheimischen Altersgenossen und anderen Landsleuten sie unterschiedlichen lagern zuweist.

Ein Auszug aus dem Gedicht einer jugendlichen Spätaussiedlerin verdeutlicht die psychische Zerrissenheit der jugendlichen Russlanddeutschen und sei an dieser Stelle erlaubt zu zitieren:

> **„***Das Kind, das keine Lust mehr hat, jedem Ahnungslosem zu erklären, wieso, weshalb und warum man doch ein Deutscher ist!*
>
> *Das Kind, das in Russland als ein ``Scheiß-Deutscher`` beschimpft worden ist und in Deutschland als ``Scheiß-Russe`` angemacht wird!*
>
> *Das Kind, das sich manchmal wirklich wünscht, ein Russe zu sein, um nicht den Beschimpfungen wiedersprechen zu müssen, ohne sich zu ärgern, dass die Wahrheit eigentlich keiner hören will!"*[93]

Die Frage „Wer bin ich?", also die Frage nach eigener Identität, beschäftigt Jugendliche im allgemeinen[94], nicht nur russlanddeutsche Jugendliche. Der Unterschied zu einheimischen Jugendlichen besteht darin, dass die meisten Aussiedlerjugendlichen Vorstellungen über sich selbst und ihre Positionierung in ihrer Umwelt durch eigene Konfrontationen und Erzählungen ihrer Eltern bereits in ihren Herkunftsländern entwickelt haben. Mit der Aussiedlung aber werden die entwickelten Identitätsbilder in Frage gestellt.

3. Selbstorganisation von Migranten in Deutschland

In Deutschland gibt es eine große Zahl von Migrantenselbstorganisationen, also von Vereinen, Verbänden und Einrichtungen, die von Migranten gegründet wurden. Die Tätigkeitsfelder reichen von Sport- und Musikvereinen, Trachten- und Brauchtumsgruppen, über politische Gruppen bis hin zu kirchlichen Einrichtungen, Wirtschaftsverbänden und Vertretungsgruppen von Sonderinteressen.

Bisher gibt es keine verlässlichen Angaben zu der gesamten Anzahl von Migrantenselbstorganisationen in Deutschland. Die beiden größten Gruppen sind aufgrund der jüngeren Einwanderungsgeschichte Deutschlands dem türkeistämmigen und dem Spätaussiedler-Personenkreis zuzuordnen. Während es große Dachverbände bzw. Interessenvertretungen wie etwa die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland oder die Türkische Gemeinde in Deutschland gibt, sind Dachorganisationen für alle türkeistämmigen MSO oder etwa für alle russlanddeutschen MSO bisher nicht gegründet worden. Auch ein gemeinsamer Dachverband für die Gesamtheit aller Migrantenorganisationen in Deutschland existiert bisher nicht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland (BAGIV) ist laut eigenen Angaben der einzige bundesweite und multinationale Dachverband von

---

[93] Vgl. :Henneberg, T.: Wer bin ich dann? In: Volk auf dem weg, Januar 2001, S. 7
[94] Vgl. : Hurrelman, K.: Lebensphase Jugend. Weinheim / München 1997, S. 72-79

Migrantenselbstorganisationen mit dem Ziel der integrationsfördernden Selbstvertretung. Auch im Bundesbeirat für Integration sind bisher keine Vertreter aus der Dachorganisation dieses Personenkreises vorgesehen. Auf regionaler Ebene gibt es zum Beispiel in Stuttgart das Forum der Kulturen, in dem über 100 kommunale Migrantenselbstorganisationen vertreten sind. IEIE arbeitet mit diesen Einrichtungen zusammen und ist Mitglied des Netzwerkes.[95]

Die Integrationsbeauftragten von Bund- und Ländern gehen davon aus, dass die Zahl der Migrantenselbstorganisationen in Deutschland auf über 15.000 zu schätzen ist. Allein in Nordrhein-Westfalen werden 2.400 Gruppen und Einrichtungen gezählt, in Baden-Württemberg rund 2.500 Vereine und Verbände. Die Vereinsregister in Deutschland schätzen die Zahl der eingetragenen Einrichtungen auf 12.000, die Zahl der nicht registrierten und lose arbeitenden Gruppierungen auf bis zu 10.000.

Festzustellen ist, dass die Beteiligung von Migrantenverbänden an der Politikgestaltung, an Maßnahmen der Integration sowie der Wirkung aus den Verbänden heraus auf die eigene Gruppe in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. So sind Migrantenselbstorganisationen Mitglied im Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung, in den Integrationsplänen der Bundesländer, in kommunalen Integrationsplänen, im Deutschen Islamrat, im Bundesverband der Integrationsbeauftragten sowie in Dachverbänden, darunter dem Zentralrat der Muslime in Deutschland und vielen anderen.

4. Netzwerke zur Förderung von Integration in Deutschland

In ähnlicher Weise wie Migrantenselbstorganisationen haben sich im gesamten Bundesgebiet kommunale, regionale, landes- und bundesweite Netzwerke zur Förderung von Integration gebildet.

In fast allen Kommunen, Gemeinden, Städten und Dörfern gibt es Netzwerke zur Förderung von Integration und interkulturellem Dialog. Die Zahl dieser Netzwerke in Deutschland wird auf über 35.000 geschätzt. Eine genau erfasste Zahl gibt es jedoch nicht.

Von der Bundesregierung wurde die „Charta der Vielfalt“ ins Leben gerufen, die Träger von Integrationsprojekten vernetzt. Für mittlerweile über 500 Unternehmen in Deutschland bietet die „Charta der Vielfalt“ die Möglichkeit, innovative Formen des „Diversity Management“ in Betrieben umzusetzen und Vielfalt in der Unternehmenskultur sowie in Tarifverträgen zu verankern.

Im Medienbereich zeichnet seit Jahren der „Civis Medienpreis“ Vielfalt und Integration in den Medien in Deutschland aus.

Zu den wichtigen Mitgliedern von Netzwerken gehören auch die Träger von Integrationskursen und Sprachkursen. Zu den großen Anbietern zählen:

- Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- Deutscher Paritätscher Wohlfahrtsverband (DPWV)
- Internationaler Bund (IB)

---

[95] Siehe auch: Wikipedia, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Migrantenselbstorganisation, Abfrage vom 14.3.2011

- Verein für internationale Jugendarbeit (VIJ)
- Academia Espanola de Formacion (AEF)
- Deutscher Caritasverband (DCV)
- Diakonisches Werk (DW)
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
- Immigrant-run self-help organisations
- Volkshochschulverband (VHS)

Über die Integrationsbeauftragten von Bund und Ländern, die Innenministerkonferenz der Länder, die Jahrestagungen der großen Migrantenselbstorganisationen, den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung, Nichtregierungsorganisationen wie Menschenrechtsorganisationen, Asylverbände und Einrichtungen der Flüchtlingsbetreuung sowie den Einrichtungen der Katholischen Kirche in Deutschland, der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie den muslimischen Verbänden besteht umfangreiche Netzwerke, die auf Ebene der Zivilgesellschaft trotz aller noch zu unternehmenden Anstrengungen die Integration von Zuwanderern in Deutschland in den vergangenen Jahren entscheidend voran gebracht haben.

English Summary[96]

Germany is the most densely populated country in the European Union. Some 82 million people live on German territory, a good one in six in what was formerly East Germany. The north and east in particular are home to the national minorities of the Danes, the Frisians, the German Sinti and Roma gypsies, and the Sorbian people. They have their own culture, language, history, and identity.

Ever since the 1950s post-war boom the German economy has been dependent on immigrant workers. The majority of those who were at the time referred to as “guest workers” have now returned to their home countries in South and Southeast Europe, but many have stayed on in Germany to earn their keep. Many of the Turkish immigrants who came to Germany at a later date have also remained in the country. This has resulted in Germany gradually developing from a country that accommodated guest workers to a country with regulated immigration.

Repatriates of German descent, who for generations have been living in the states of the former Soviet Union, Romania and Poland, are a second major group of immigrants. Since the collapse of the communist systems they have been returning to Germany in increasing numbers.

These two groups of immigrants resulted in the per capita rate of immigration to Germany in the 1980s being considerably higher than that of classic immigration countries such as the USA, Canada and Australia. There are currently more than 15 million people with an immigrant background living in Germany. According to the German Statistics Office this figures includes all those people who have migrated to Germany as well as those born in Germany with at least one immigrant parent. Some seven million of them are foreigners, while around eight million have received German citizenship – though naturlization or because they are one of the four million repatriates. After the repatriates, the 2.5 million immigrants from Turkey represent the largest group, while a further 1.5 million come from former Yugoslavia or its successor states. There are an estimated four million Muslims living in Germany.

Lots of immigrants work as unskilled laborers, as Germany recruited workers in particular for simple activities. Studies have revealed that immigrant families in Germany have difficulty climbing the social ladder or improving their economic situation. Nonetheless, over the past two decades progress has been made with regard to integration: Acquiring German citizenship was facilitated by law, contacts between immigrants and Germans are closer, and there is more widespread acceptance of ethnic cultural variety. And the immigration law that came into power in 2005 provides for the first time an all-embracing legal framework that considers all aspects of immigration policy.

The Federal Government considers the subsequent integration of people with an immigration background to be a focus of its work. It is foregrounding their incorporation in the labor market and regards education and improving language skills as keys to integration. Since 2006, Federal Chancellor Angela Merkel has held an Integration Summit, which representatives of all social groups impacting on integration, including immigrant organizations, attend. Regular checks are made to ensure that the most important result of the first Integration Summit, the “National Integration Plan”, is being implemented. It contains

[96] Quelle: Facts about Germany: Immigration and Integration, Hamburg 2011.

precise goals as well as over 400 measures for government, business, and social players. This way a network of “education patrons” is being built up; so far more than 5,000 have become involved, supporting children and young people from immigrant families in their education and vocational training. More than 500 companies and public institutions with over four million employees have joined the “Charter of Diversity”. They see diversity as an opportunity and, among other things, have committed themselves to granting improved training opportunities to young people with an immigration background.

Approximately 15 million people with an immigrant background live in Germany. There are many private and state-run programmes and projects to support their integration into German society. The aim of the nationwide integration programme is to co-ordinate these different efforts with one another and to develop them further.

Despite all progress within German school systems and within the structure of vocational training, young migrants are still not as successful as non-migrant youth when it comes to positive completion of compulsory education and access to vocational training and the labor market.

- Only one seventh of migrant youth successfully finishes secondary education in Germany compared to native, non-migrant youth.

- Migrant youth with successful completion of primary education have a 42% chance to start in-company or dual-system vocational training compared to 62% of those without migration background. After three years of vocational training, 68% of young migrants successfully complete their vocational training compared to 86% of non-migrant youth.

- After successful completion of secondary compulsory school education, 55% of all young migrants get into vocational training, compared to 74% of non-migrant youth. After thre years, 70% of all migrants successfully complete their training, compared to 91% of native, non-migrant youth.

- Marks or grades from school are of special importance when it comes to access and entrance to and into vocational training in Germany. School grades are seen as basic instrument for measuring skills and competences of young people in Germany and are seen as indicator for future skills developments. Grades and marks in Germany are the most important instrument for selection of trainees in companies.

- Only 52% of young migrants with bad or low school grades get into vocational training, compared to 70% of non-migrant youth with low grades. If young migrants hold good marks or grades, 56% get into vocational training compared to 78% of those without migration background.

- Experts in Germany ask for a “second chance” to allow young migrants to re-qualify for vocational trainings. This applies especially to school-drop-outs and to young migrants with very low grade or marks at school. Special qualification programmes help young migrants to improve their school grades and to reach primary education certificates linked to in-company vocational training.

- In-company training still constitutes one of the most dominant forms of vocational training in Germany. Migrant youth suffers from lack of access to in-company training

and from problem during assessment tests and selection processes. Special selections instruments during the transition from school into vocational training are thus needed in order to help young migrants to successfully get into vocational training in Germany. An additional instrument is to increase sensitivity of human resource managers in companies to hire young migrants as trainees. Anonymous application forms are an additional tool to increase successful integration of young migrants into in-company vocational training.

- In regions and areas with a low number of companies and thus low numbers of in-company training programmes, dual-system (vocational school and company training) and out-of-company external training programmes at schools and vocational colleges have to be installed in order to help young migrants to get into vocational training programmes.

- Companies have to see diversity and a multicultural work force as a positive element of their company's culture. Skills and competences acquired in in-formal and non-formal education have to be taken into account when hiring young migrants for training in companies and for permanent job contracts.

- Regional transition management from school into vocational training has to be available all over Germany and has to be improved in terms of quality, qualification of counselors and integration of companies into school-based education. Special services and mentoring programmes, guidance tools and orientation schemes have to be provided for young migrants.

- Skills, competences and successfully completed training programmes from third countries have to be acknowledged by German authorities and have to be accepted as form of evidence of skills allowing access to in-company training, permanent jobs and continuing vocational training.

Tabellen

Auszubildende im dualen System nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht, Jahr 2008

		Absolut	Anteil an allen Auszubildenden (in %)	Anteil an allen ausländischen Auszubildenden (in %)	Männer- und Frauenanteil (in %)
Deutsche	männlich	933.865	95,8	-	60,6
	weiblich	606.379	94,9	-	39,4
	insgesamt	1.540.244	95,5	-	-
Ausländer	männlich	40.762	4,2	100,0	55,8
	weiblich	32.337	5,1	100,0	44,2
	insgesamt	73.099	4,5	100,0	-
darunter:					
Griechenland	männlich	1.685	0,2	4,1	59,0
	weiblich	1.170	0,2	3,6	41,0
	insgesamt	2.855	0,2	3,9	-
Italien	männlich	4.812	0,5	11,8	57,4
	weiblich	3.565	0,6	11,0	42,6
	insgesamt	8.377	0,5	11,5	-
Polen	männlich	772	0,1	1,9	43,5
	weiblich	1.002	0,2	3,1	56,5
	insgesamt	1.774	0,1	2,4	-
Bosnien und Herzegowina	männlich	1.169	0,1	2,9	54,5
	weiblich	977	0,2	3,0	45,5
	insgesamt	2.146	0,1	2,9	-
Kroatien	männlich	1.394	0,1	3,4	54,1
	weiblich	1.181	0,2	3,7	45,9
	insgesamt	2.575	0,2	3,5	-
Russische Föderation	männlich	845	0,1	2,1	46,8
	weiblich	961	0,2	3,0	53,2
	insgesamt	1.806	0,1	2,5	-

Serbien	männlich	1.713	0,2	4,2	59,1
	weiblich	1.184	0,2	3,7	40,9
	insgesamt	2.897	0,2	4,0	-
Türkei	männlich	16.776	1,7	41,2	57,2
	weiblich	12.539	2,0	38,8	42,8
	insgesamt	29.315	1,8	40,1	-
Zusammen	männlich	974.627	100	-	60,4
	weiblich	638.716	100,0	-	39,6
	insgesamt	1.613.343	100,0	-	-

Verteilung der Schüler auf die beruflichen Schulen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht, Schuljahr 2008/2009

		BVJ/ BGJ*	Teilzeit-Berufs-schulen	Berufs-fach-schulen	Schulen d. Gesund-heits-wesens**	Fachober-schulen/ Fach-gymnasien	Fach-schulen	Sonstige***	Gesamt
Deutschland	männlich	3,7	67,1	12,7	1,7	8,9	5,0	0,9	100,0
	weiblich	2,4	50,7	21,6	7,4	11,1	5,8	1,1	100,0
	insgesamt	**3,1**	**59,5**	**16,8**	**4,3**	**9,9**	**5,4**	**1,0**	100,0
Griechenland	männlich	5,6	60,3	21,5	1,3	7,4	3,3	0,6	100,0
	weiblich	4,5	51,0	27,8	4,0	9,5	2,5	0,8	100,0
	insgesamt	**5,1**	**56,0**	**24,4**	**2,5**	**8,4**	**3,0**	**0,7**	100,0
Italien	männlich	5,3	65,0	20,7	0,7	5,0	2,9	0,3	100,0
	weiblich	4,4	56,0	27,1	2,4	7,2	2,2	0,7	100,0
	insgesamt	**4,9**	**60,8**	**23,7**	**1,5**	**6,0**	**2,6**	**0,5**	100,0
Polen	männlich	9,7	53,4	20,1	2,6	10,7	2,7	0,8	100,0
	weiblich	4,9	42,9	22,5	15,6	7,1	6,2	0,8	100,0
	insgesamt	**6,9**	**47,3**	**21,5**	**10,1**	**8,6**	**4,7**	**0,8**	100,0
Bosnien und Herzegowina	männlich	6,2	59,9	20,2	0,9	8,8	3,6	0,4	100,0
	weiblich	2,6	56,1	21,7	5,0	10,5	2,9	1,1	100,0
	insgesamt	**4,6**	**58,2**	**20,9**	**2,8**	**9,6**	**3,3**	**0,8**	100,0
Kroatien	männlich	3,7	61,8	19,7	1,2	7,4	4,9	1,4	100,0
	weiblich	2,6	53,5	23,1	5,7	10,0	3,3	1,7	100,0
	insgesamt	**3,1**	**57,8**	**21,3**	**3,4**	**8,7**	**4,1**	**1,6**	100,0
Serbien	männlich	11,3	59,7	20,6	0,7	5,8	1,3	0,5	100,0
	weiblich	8,2	54,3	23,7	4,4	7,3	1,6	0,4	100,0
	insgesamt	**9,9**	**57,2**	**22,0**	**2,4**	**6,5**	**1,5**	**0,5**	100,0
Russische Föderation	männlich	9,7	53,3	20,3	2,6	9,7	3,5	0,8	100,0
	weiblich	4,2	45,5	23,3	11,4	7,6	5,3	2,6	100,0
	insgesamt	**6,7**	**49,0**	**22,0**	**7,5**	**8,5**	**4,5**	**1,8**	100,0
Türkei	männlich	9,3	55,1	25,8	0,4	7,2	1,9	0,3	100,0
	weiblich	7,0	46,5	32,0	2,7	9,8	1,5	0,5	100,0
	insgesamt	**8,2**	**51,0**	**28,7**	**1,5**	**8,5**	**1,7**	**0,4**	100,0

**Berufsvorbereitungsjahr/Berufsgrundbildungsjahr

***Angaben zu den Schulen des Gesundheitswesens ohne Hessen, da die Erhebungen hier eingestellt wurden. Für Sachsen und Thüringen erfolgt der Nachweis der Schulen des Gesundheitswesens bei den Berufsfach- und den Fachschulen, für Mecklenburg-Vorpommern bei den Berufsfachschulen.

****Berufs- und Technische Oberschulen, Berufsaufbauschulen, Fachakademien.

Art des beruflichen Bildungsabschlusses nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Mikrozensus 2007

		ohne Abschluss	Anlern-/Berufspraktikum/ BVJ*	Lehre o.ä./berufsqualif. Abschluss	Meister/Techniker/ Fachschule	FH/Universitäts-abschluss
Personen ohne Migrationshintergrund	männlich	14,8	0,8	57,1	10,0	16,6
	weiblich	27,2	1,5	54,5	6,0	10,0
	Insgesamt	**21,2**	**1,2**	**55,7**	**7,9**	**13,1**
	25-65 Jahre	11,1	0,9	61,6	9,1	16,9
Personen mit Migrationshintergrund	männlich	41,4	2,0	39,2	4,0	12,8
	weiblich	50,6	1,5	32,6	3,0	11,7
	Insgesamt	**46,0**	**1,7**	**35,9**	**3,5**	**12,2**
	25-65 Jahre	39,2	1,8	39,9	3,9	14,6

*Berufsvorbereitungsjahr

Methodische Kommentierung: Die Anteile beziehen sich auf alle Personen, die sich nicht (mehr) in einer beruflichen Ausbildung befinden. Dabei ergeben die Anteile aufsummiert nicht exakt 100%, da diejenigen Personen nicht zugeordnet werden konnten, die zwar angaben über einen beruflichen Bildungsabschluss zu verfügen, jedoch nicht über welchen.

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: (2010): Bildung in Deutschland 2010.
Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld

Bach, Hans-Uwe; Gartner, Hermann; Klinger, Sabine; Rothe, Thomas; Spitznagel, Eugen (2009): Die IAB-Prognose der kurzfristigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt; IAB-Forschungsbericht 5/2009

Backhaus, Klaus u.a. (2003): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin, Heidelberg, New York (10. Auflage)

Baumert, Jürgen; Schümer, Gundel (2001): Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb. In: Baumert, Jürgen u.a. (Hrsg.): PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen, S. 323 - 407

Baumert, Jürgen; Stanat, Petra; Watermann, Rainer (Hrsg.) (2006): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. Wiesbaden

Bechmann, Sebastian; Dahms, Vera; Fischer, Agnes; Frei, Marek; Leber, Ute (2010): 20 Jahre Deutsche Einheit – Ein Vergleich der west- und ostdeutschen Betriebslandschaft im Krisenjahr 2009; Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2009; IAB-Forschungsbericht, 06/2010

Becker, Rolf (2009): Entstehung und Reproduktion dauerhafter Bildungsungleichheiten.
In: Becker, Rolf (Hrsg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie. Wiesbaden, S. 85 - 129

Becker, Rolf; Hecken, Anna Etta (2007): Studium oder Berufsausbildung? Eine empirische Überprüfung der Modelle zur Erklärung von Bildungsentscheidungen von Esser sowie von Breen und Goldthorpe. In: Zeitschrift für Soziologie, 36 (2007) 2, S. 100 - 117

Becker, Rolf; Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) (2007): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden

Beicht, Ursula (2009): Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule - Berufsausbildung. BIBB REPORT 11/09. Bonn

Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.) (2008): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld
Beicht, Ursula; Eberhard, Verena; Schöngen, Klaus (2010): Ausbildungsvermittlung. In: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung

der beruflichen Bildung, Kapitel A1.2. Bonn, S. 44 - 59

Beicht, Ursula; Granato, Mona (2010): Risiken am Übergang Schule - Ausbildung: Verlieren junge Frauen hier ihre Bildungsvorteile? Und verschärfen sich die Nachteile für Jugendliche mit Migrationshintergrund? In: Icking, Maria (Hrsg.): Die Zukunft der Beruflichen Bildung. Berlin (in Druck)

Beicht, Ursula; Granato, Mona (2009): Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Bonn

Bellmann, Lutz; Leber, Ute (2010): Betriebliche Weiterbildung: In der Krise bleibt das Bild zwiespältig. In: IAB-Forum, Nr. 1, S. 16–19

Bernhard, Sarah; Hohmeyer, Katrin; Jozwiak, Eva; Koch, Susanne; Kruppe, Thomas; Stephan, Gesine; Wolff, Joachim (2009): Aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und ihre Wirkungen. In: J. Möller & U. Walwei (Hrsg.), Handbuch Arbeitsmarkt 2009, (IAB-Bibliothek, 314), Bielefeld: Bertelsmann, S. 149–201

Brück-Klingberg, Andrea; Burkert, Carola; Damelang, Andreas; Deeke, Axel; Haas, Anette; Schweigard, Eva; Seibert, Holger; Wapler, Rüdiger (2009): Integration von Migranten in Arbeitsmarkt und Bildungssystem. In: J. Möller & U. Walwei (Hrsg.), Handbuch Arbeitsmarkt 2009, (IAB-Bibliothek, 314), Bielefeld: Bertelsmann, S. 283–316

Bundesagentur für Arbeit (BA) (2010): Analytikreport der Statistik. Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, September 2010, Nürnberg, http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/ Analytikreports/Zentral/Monatliche-Analytikreports/ Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-nav.html

CEDEFOP (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung) (2010): Beschäftigung in Europa soll wissens- und kompetenzintensiver werden; Kurzbericht Februar 2010. (http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/9021_de.pdf)

Deeke, Axel (2007): Arbeitslose mit Migrationshintergrund: Sprachförderung allein greift häufig zu kurz. IAB-Kurzbericht, 03/2007

Dietrich, Hans; Kruppe, Thomas (2009): Qualifizierung im Erwerbsverlauf: Eine Chance in der Wirtschaftskrise? In: Sozialer Fortschritt, Jg. 58, H. 11, S. 257–264

Diehl, Claudia; Friedrich, Michael; Hall, Anja (2009): Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. In: Zeitschrift für Soziologie, 38 (2009) 1, S. 48 - 68

Dietzen, Agnes (2002): Junge Frauen in der Erstausbildung in den neuen Informations- und

Kommunikationstechnologieberufen in Deutschland. In: Europäische Zeitschrift für Berufsbildung Nr. 27, S. 53 – 65

Ditton, Hartmut (2007): Der Beitrag von Schule und Lehrern zur Reproduktion von Bildungsungleichheit. In: Becker, Rolf; Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.): Bildung als Privileg. Wiesbaden, S. 243 - 271

Dorsch-Schweizer, Marlies (2004): Zur Ambivalenz moderner Beruflichkeit für Frauen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 33 (2004) 5, S. 43 - 46

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd (2010): Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: Bosch, Gerhard; Krone, Sirikit; Langer, Dirk (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Wiesbaden, S. 133 – 148

Englmann, Bettina; Müller; Martina (2007): Brain Waste. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland. Tür an Tür – Integrationsprojekte gGmbH (Hrsg.), Augsburg

Fuchs, Johann; Weber, Brigitte (2010): Umfang und Struktur der westdeutschen Stillen Reserve – Was sich seit der Arbeitsmarktreform 2005 („Hartz IV“) getan hat. Nürnberg, IAB-Forschungsbericht (im Erscheinen)

Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Klinger, Sabine; Spitznagel, Eugen; Wanger, Susanne; Zika, Gerd (2010): Prognose 2010/2011: Der Arbeitsmarkt schließt an den vorherigen Aufschwung an; IAB-Kurzbericht, 18/2010

Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra (2010): Trotz steigender Ausbildungsbeteiligung ausländische Jugendliche nach wie vor unterrepräsentiert. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 39 (2010) 3, S. 4 - 5

Granato, Mona; Schwerin, Christine (2008): Potenziale erkennen - Kompetenzen nutzen. Ausbildung junger Frauen in technisch orientierten Berufen. In: Schwitzer, Helga; Wilke, Christiane; Kopel, Mechthild (Hrsg.): aktiv - kompetent - mittendrin. Frauenbilder in der Welt der Arbeit. Hamburg, S. 75 - 90

Hillmert, Steffen (2009): Bildung und Lebensverlauf - Bildung im Lebensverlauf. In: Becker, Rolf (Hrsg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie. Wiesbaden, S. 215 - 235

Hradil, Stefan (2005): Soziale Ungleichheit in Deutschland. Wiesbaden (8. Auflage)

Imdorf, Christian (2010): Wie Ausbildungsbetriebe soziale Ungleichheit reproduzieren: Der Ausschluss von Migrantenjugendlichen bei der Lehrlingsselektion. In: Krüger, Heinz-Hermann u.a. (Hrsg.): Bildungsungleichheit revisited. Wiesbaden, S. 259 - 274

Kleine, Lydia; Paulus, Wiebke; Blossfeld, Hans-Peter (2009): Die Formation elterlicher Bildungsentscheidungen beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I. In: Baumert, Jürgen; Maaz, Kai; Trautwein, Ulrich (Hrsg.): Bildungsentscheidungen. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 12 (2009) Sonderheft 12, S. 103 - 125

Kuhnke, Ralf; Müller, Matthias (2009): Lebenslagen und Wege von Migrantenjugendlichen im Übergang Schule - Beruf: Ergebnisse aus dem DJI-Übergangspanel. München, Halle

Kroll, Stephan (2010): Ausbildungsverträge 2009: Nur wenige Berufe dominieren. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 39 (2010) 1, S. 8 - 9

Krüger, Heinz-Hermann u.a. (Hrsg.) (2010): Bildungsungleichheiten revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Wiesbaden

Krüger, Helga (2001): Ungleichheiten im Lebenslauf. Wege aus den Sackgassen empirischer Traditionen. In: Heintz, Bettina (Hrsg.): Geschlechtersoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53 (2001) Sonderheft 41, S. 512 – 537

Leber, Ute; Möller, Iris (2008): Weiterbildungsbeteiligung ausgewählter Personengruppen. In: Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 128, H. 3, S. 405–429 Lott, Margit (2010a): Soziodemographische Muster der Qualifikationsstruktur von Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung; IAB-Forschungsbericht, 02/2010

Lott, Margit (2010b): Qualifikation des Arbeitskräfteangebots in Deutschland: Es liegen noch Potenziale brach. In: IAB-Forum, Nr. 1, S. 4–9

Maaz, Kai; Baumert, Jürgen; Trautwein, Ulrich (2009): Genese sozialer Ungleichheit im institutionellen Kontext der Schule: Wo entsteht und vergrößert sich soziale Ungleichheit? In: Baumert, Jürgen; Maaz, Kai; Trautwein, Ulrich (Hrsg.): Bildungsentscheidungen. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 12 (2009) Sonderheft 12, S. 11 - 46

Maaz, Kai (2006): Soziale Herkunft und Hochschulzugang. Effekte institutioneller Öffnung im Bildungssystem. Wiesbaden

Puhlmann, Angelika (2006): Welche Rolle spielt das Geschlecht bei der Berufswahl? In: Granato, Mona; Degen, Ulrich (Hrsg.): Berufliche Bildung von Frauen. Bielefeld, S. 28 – 36

Reinberg, Alexander; Hummel, Markus (2007): Der Trend bleibt – Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos. IAB-Kurzbericht 18/2007

Schittenhelm, Karin (2007): Statuspassagen junger Frauen zwischen Schule und Berufsausbildung im interkulturellen Vergleich. In: Schlemmer, Elisabeth; Gerstberger,

Herbert (Hrsg.): Ausbildungsfähigkeit im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Wiesbaden, S. 55 - 68

Skrobanek, Jan (2009): Migrationsspezifische Disparitäten im Übergang von der Schule in den Beruf.
Halle, München

Solga, Heike; Pfahl, Lisa (2009):Doing Gender im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Discussion Paper SP I 2009-502. Wissenschaftszentrum Berlin

Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009 – Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden

Trappe, Heike (2006): Berufliche Segregation im Kontext. Über einige Folgen geschlechtstypischer Berufsentscheidungen in Ost- und Westdeutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 58 (2006) 1, S. 50 - 78

Ulrich, Joachim Gerd u.a. (2010): Im Zeichen von Wirtschaftskrise und demografischem Einbruch. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2009. Bonn